

Peace Love Liberty

DAS STUDENTENMAGAZIN

Europa

Wie könnte ein besseres Europa aussehen?

Stefan Zweigs Vision eines geeinten Europas.

Der Mythos EU und ein Europa der Regionen als Alternative?

Was verdanken wir der Europäischen Union?

Vor welchen Herausforderungen steht die EU?

Ist Migration eine Bereicherung oder eine Bedrohung?

Welchen Einfluss hat Russland auf die EU?

Ist der Euro eine Fehlkonstruktion?



Editorial

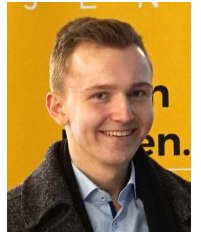
Die europäische Integration kann man ohne zu übertreiben, als eines der größten und ambitioniertesten Projekte der Menschheitsgeschichte bezeichnen. Nie zuvor arbeiteten so viele große Staaten und Menschen in einem so großen Bündnis zusammen und nie zuvor herrschte so lange auf dem europäischen Kontinent Frieden. Man kann die Erfolge der Europäischen Union nicht leugnen. Vor allem unter jungen Menschen kann man mittlerweile daher auch die Entstehung von etwas beobachten, was nicht anders als ein paneuropäischer Nationalismus zu bezeichnen ist.

Zeitgleich jedoch ist die Kritik und die Ablehnung der EU als Institution so lautstark präsent wie noch nie. EU-kritische Parteien finden sich mittlerweile in fast allen Mitgliedstaaten in den Parlamenten. Nationalistische Bewegungen fordern teilweise ihre Auflösung, Linke sind gespalten in diejenigen, die den jetzigen Kurs beibehalten wollen und diejenigen, die sich eine europäische Sowjetunion zu wünschen scheinen. Auch die Liberalen sind gespalten in mehrere Lager von Reformern, Ablehnern und Befürwortern. Die EU polarisiert. Was nicht wundert, wenn man sich ansieht, durch wie viele politische Krisen — angefangen bei der Wirtschaftskrise, über die Migrationskrise bis hin zum Brexit und das Erlassen von zweifelhaften Internetgesetzen — sie seit einigen Jahren schlittert und wie viele besorgniserregende, antidemokratische Entwicklungen zu beobachten sind.

Die bevorstehenden EU-Wahlen im Mai 2019 werden voraussichtlich die Weichen für die Zukunft der europäischen Gemeinschaft stellen. Dabei wird es nicht nur um den politischen Kurs der EU für die nächsten fünf Jahre gehen, sondern möglicherweise auch darum, ob dieser Kurs zu einem Zerfall der Gemeinschaft oder zu einem Fortbestehen der EU führt. Wie sind diese Entwicklungen zu bewerten? Ist die EU wirklich das antiliberale Bürokratiemonster, als das es oft wahrgenommen wird? Oder ist sie möglicherweise nur reformbedürftig und langfristig tatsächlich der Garant für Wohlstand und Freiheit auf dem europäischen Kontinent? Wie könnten liberale Reformen oder Alternativen zur EU aussehen und welche Probleme und Möglichkeiten bestehen überhaupt? Auf diese und weitere Fragen rund um Europa geben in dieser Ausgabe unsere Autoren und Interviewpartner aus verschiedenen Perspektiven ihre Antworten.

Viel Spaß bei der Lektüre!

*Nikodem Skrobisz
und das PLL-Redaktionsteam*



European Students For Liberty

Wer wir sind

Students For Liberty ist ein weltweites Netzwerk von über 2.000 liberalen Studentengruppen mit über 50.000 aktiven Studenten. Wir wurden 2008 in den USA gegründet und sind mittlerweile der größte liberale Studentenverband der Welt. In Deutschland sind wir mit 20 studentischen Koordinatoren und 25 Ortsgruppen vertreten.

Was wir wollen

Als liberale Studenten wissen wir, dass Freiheit ein kostbares Gut und keineswegs selbstverständlich ist. Wir sind hier, um die Welt zu verändern und zu einem freieren Ort zu machen. Unser Ziel sind nicht kurzfristige Erfolge; vielmehr wollen wir einen langfristigen Wandel hin zu einer freieren Gesellschaft bewirken.

Was Freiheit für uns bedeutet

In unserer Organisation findet sich die volle Vielfalt an liberalen Denkrichtungen wieder. Wir konzentrieren uns nicht auf die wenigen Punkte, in denen wir uns unterscheiden, sondern auf das, was uns alle verbindet. Unsere Grundwerte sind wirtschaftliche, persönliche und akademische Freiheit.



STUDENTS FOR LIBERTY
A F R E E R F U T U R E

Inhaltsverzeichnis

Europas Freizügigkeit — ein ausbauwürdiges Erfolgsmodell	4	Interview mit Alvino-Mario Fantini	20
Globale Bewegungsfreiheit — eine Utopie	6	Eine Alternative zur EU	23
Das Trümmerfeld des Informationskriegs	8	Der Euro: Eine Fehlkonstruktion im Namen einer guten Idee	25
Die Europäische Union — Deus ex Machine der Postmoderne	12	Für ein Europa der Regionen	27
Was hat die EU für uns getan?	13	Der Steuerwettbewerb in Europa muss gewahrt werden	30
Der Brexit kann Großbritannien zu einem globalen Aushängeschild der Freiheit und des Freihandels machen	14	Kaum europäische Einhörner: Was kann die EU tun?	31
Bedenkliche Reformen der polnischen Justiz: Das Warten auf die Entscheidung des EuGH	16	Der Mythos EU	34
Helden der Freiheit: Leopold Kohr zur EU	18	Stefan Zweigs Vision von Europa	37

Studenten für die Freiheit e.V.

Der gemeinnützige Verein Studenten für die Freiheit e.V. unterstützt die Arbeit der Students For Liberty Deutschland. Als ehrenamtlich arbeitende studentische Organisation verfügen wir nur über knappe Mittel und finanzieren unsere lokalen Aktivitäten oftmals aus der eigenen Tasche. Deswegen sind wir auf großzügige Menschen angewiesen, die unsere Arbeit unterstützen.

Als **Fördermitglied** leistest Du einen wertvollen Beitrag und ermöglichst uns auch in Zukunft, jungen Menschen die Werte der Freiheit zu vermitteln.

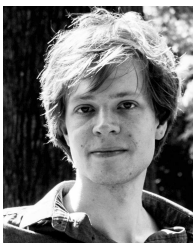
Dies erreichen wir vor allem über unser Netzwerk von mehr als 25 Studentengruppen in ganz Deutschland. Wir organisieren jedes Jahr auch eine Reihe überregionaler Veranstaltungen – anspruchsvolle wissenschaftlichen Formate wie die Nexus-Akademie und das Kontroversenseminar sind an engagierte Schüler und Studenten gerichtet. Unsere große Konferenz mit über 250 Besuchern im Herbst bildet den Höhepunkt des Jahres. Mit PEACE LOVE LIBERTY geben wir unser eigenes Studentenmagazin heraus: Es wird kostenlos an deutschen Universitäten verteilt und bringt jungen Menschen die Ideen des Liberalismus nahe.

Auf unserer Seite www.studentenfuerdiefreiheit.de findest du aktuelle Informationen zum Vereinsgeschehen, weiteren Möglichkeiten, uns und unsere Arbeit zu unterstützen, und kannst Dich als Fördermitglied registrieren.





Europas Freizügigkeit – ein ausbauwürdiges Erfolgsmodell



Kalle Kappner,
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter VWL an
der HU-Berlin

Studienaufenthalt in Rom, fürs Praktikum nach Paris, zum Arbeiten nach London: Junge Europäer genießen eine historisch kaum dagewesene Freizügigkeit und sehen nationale Grenzen eher als lästige Bürokratiestationen denn als echte Hindernisse an – nur wenige Länder der Welt können sie mit ihrem Pass nicht ohne weiteres betreten. Für den Großteil der Menschen weltweit stellt sich die Situation indes grundlegend anders dar. Das Besuchen vieler anderer Länder, darunter jener Europas, ist ihnen entweder grundsätzlich verboten, oder nur unter außergewöhnlichen Bedingungen möglich, etwa im Rahmen eines Asylgesuchs. Liberale sollten sich für ein Recht auf Freizügigkeit aller Menschen einsetzen. Europas Erfolgsmodell sollte dabei als Inspiration, nicht als nach außen zu verteidigendes Bollwerk verstanden werden.

Was bedeutet Freizügigkeit? Freizügigkeit ist das Recht, dort zu leben und zu arbeiten, wo man möchte. Die Freizügigkeit zwischen Köln und Düsseldorf akzeptieren wir ganz selbstverständlich, jene zwischen Baden und Württemberg seit einigen Jahrhunderten, und jene zwischen Deutschland und Frankreich seit einigen Jahrzehnten. Freizügigkeit zwischen Europa und Afrika scheint den meisten Menschen dagegen absurd. Das liegt nicht an fehlender Nachfrage: Regelmäßige Umfragen und die aktuelle Fluchtmigration zeigen, dass viele Menschen legal nach Europa wandern würden, wenn sie denn dürften. Prima facie scheint dieses Anliegen legitim: Weshalb sollten Europäer anderen Europäern Freizügigkeit gewähren, die meisten Nicht-Europäer aber ausschließen dürfen?

NATIONEN SIND KEINE CLUBS

Manch einer hat prinzipielle Einwände: Nationen seien als Clubs zu verstehen, und Clubs hätten selbstverständlich das Recht, ihre Mitglieder selbst auszuwählen. Da es innerhalb der demokratisch verfassten Club-Staaten Europas zwar Mehrheiten für den problemlosen Wechsel vom einen in den anderen Club gäbe, aber keine Mehrheiten für die Ausweitung der Mitgliedschaft auf Menschen aus anderen Teilen der Welt, sei die Einschränkung ihrer Freizügigkeit legitim.

Doch dieser Ansatz ist wenig überzeugend. Zum einen könnten Mehrheiten demnach die absurdesten, der Lebenswirklichkeit widersprechenden Regeln aufstellen – etwa ein Ende der Freizügigkeit entlang des Rheins oder die Abkehr von der Praxis, den Kindern von Mitgliedern ebenfalls unbedingte Mitgliedschaft zu gewähren. Doch wichtiger ist, dass gravierende Konflikte mit fundamentalen, den Kern des Liberalismus ausmachenden Individualrechten auftreten. Die wirksame Einschränkung der Freizügigkeit entlang nationaler Clubgrenzen erfordert es nämlich, allen Clubmitgliedern unter Gewaltandrohung zu verbieten, Fremde in ihr Haus einzuladen und dort mit ihnen zu leben und zu arbeiten.

KEIN FREIER ZUZUG IN DEN SOZIALSTAAT

Ein wichtiger Einwand lautet, dass der Zuzug Fremder potenziell negative Konsequenzen für den Rest des Clubs habe – zögen die vielen Flüchtlinge im Gegensatz zu



europäischen Binnenmigranten nicht gerade aufgrund der steuerfinanzierten Sozialleistungen und öffentlichen Güter hierher? Selbst wenn ein Recht auf freie, grenzüberschreitende Assoziation im Rahmen von Privateigentum legitim sei, stünde es in der Praxis doch im Konflikt mit dem ebenfalls legitimen Recht, das Leben anderer nicht per Steuern finanzieren zu müssen.

Doch sollten wir im Fall konfligierender Rechte nicht zunächst nach Lösungen suchen, die die Rechte aller Menschen wahren, statt sie gegeneinander abzuwägen? Die in Europa bereits gelebte Praxis zeigt, dass es auch anders geht. Schon heute haben keineswegs alle Bürger eines EU-Staates bedingungslosen Zugang zu den Sozialleistungen anderer EU-Staaten. Im Falle dauerhafter Arbeitslosigkeit kommt es sogar zur Ausweisung. Gewiss ist vielen Europäern aufgrund ihrer Sozialisation im vermeintlich universalistischen Sozialstaat mulmig bei der Vorstellung, Menschen aus ärmeren Gegenden der Erde ein Aufenthaltsrecht ohne gleichzeitigen Zugang zu staatlichen Leistungen zu gewähren – doch das sollte Liberale nicht davon abhalten, für ihre guten Ideen zu werben.

FREIZÜGIGKEIT ROBUST GESTALTEN

Manchen Zeitgenossen bereiten schließlich bei aller grundsätzlichen Sympathie die möglichen praktischen Konsequenzen der Freizügigkeit Sorgen: Der demokratische Rechtsstaat sei schlicht nicht vorbereitet auf den massenhaften Zuzug von Menschen mit anderen Wertvorstellungen – insbesondere solchen, die dem westlichen Modell feindlich gegenüberstehen. Unter Europäern sei Freizügigkeit aufgrund der gemeinsamen Geschichte und kulturellen Prägung unproblematisch, doch den Zuzug erzkonservativer Muslime könne keine europäische Demokratie auf Dauer aushalten.

Indes ist es schwer, die Verbindlichkeit solcher politisch-kulturellen Externalitäten eindeutig zu fassen. So nehmen viele Europäer die Ausbreitung von Parallelgesellschaften am Rande ihrer Hauptstädte als eine ihr politisch-kulturelles Selbstverständnis angreifende Veränderung wahr, selbst wenn ihr eigenes Leben dadurch nur marginal betroffen ist. Gleichzeitig würden die wenigsten ein Recht darauf anerkennen, das eigene Wohnviertel gegen den Zuzug englischsprechender Gentrifizierer oder italienischer Pizzabäcker zu schützen. Man kann nicht abstreiten, dass gelebte Freizügigkeit stets mit kulturellem Wandel verbunden ist, doch wir können Konzepte entwickeln, die dessen negative Konsequenzen abmildern und die Robustheit des Rechtsstaats steigern – zum Beispiel über eine stärkere Trennung des Aufenthaltsrechts vom staatsbürgerlichen Wahlrecht und die Entpolitisierung identitätspolitisch aufgeladener kultureller Fragen.

EUROPAS ERFOLGSMODELL FÜR ALLE

Der Sozialphilosoph Robert Nozick argumentierte, „freiwillige Handlungen zwischen einwilligenden Erwachsenen“ seien prima facie stets zu tolerieren – auch, wenn diese Erwachsenen unterschiedliche Pässe besitzen. Ist es wirklich vorstellbar, Freizügigkeit als individuelles Recht statt als Gnadenakt eines Club-Vorstands zu realisieren, ohne unbedingten Zugang zu Sozialleistungen und ohne unbedingtes Wahlrecht? Gewiss haben Befürworter der Freizügigkeit einige Überzeugungsarbeit vor sich. Doch das nun seit Jahrzehnten währende europäische Erfolgsmodell offener Grenzen – zunehmend über die kulturellen Grenzen, politischen Unterschiede und ökonomischen Ungleichheiten dieses großen Kontinents hinweg – stimmt optimistisch. Eine frei(zügigere) Welt ist möglich! ■

Globale Bewegungsfreiheit – eine Utopie

Das Konzept der Open Borders, das seit Joseph Carens Aufsatz „Aliens and Citizens“ aus den 1980er Jahren eng mit diesem verbunden ist, wird in diversen Versionen von vielen liberalen Akademikern vertreten und ist in der politischen Philosophie aktuell eine der prominentesten Positionen. Wenn die Welt nur aus liberalen Kosmopoliten bestehen würde, die lediglich in reziproken Verhältnissen miteinander stehen, würde auch wenig gegen offene Grenzen sprechen.

Meiner Auffassung nach wird in diesem Kontext allerdings von vielen Idealisten die Realität ausgeblendet. Diese Auffassung teilt auch Carens selbst, obwohl er seit Jahrzehnten als der Advokat für offene Grenzen bekannt ist:

“The open borders argument is not really intended as a concrete recommendation for current policies or ones in a foreseeable future. It is not intended as advice to presidents and prime ministers or to administrators and legislators. Rather it serves a heuristic function, revealing to us something about the specific character of the moral flaws of the world in which we live, the institutions we inhabit, and the social situation of those who dwell in rich industrial states.”



Lukas Franzen,
Masterstudent
Philosophie und
Geschichte an der
Universität zu Köln

Im Folgenden möchte ich kurz darauf eingehen, warum das Konzept der offenen Grenzen nicht für die Realpolitik geeignet ist.

DAS SOZIALSTAATSPROBLEM

Viele Staaten, die das Ziel von Immigration sind, sind Wohlfahrtsstaaten. Das gilt insbesondere für westeuropäische Staaten wie Deutschland, Schweden oder England. Es ist vollkommen offensichtlich, dass ein Sozialstaat wie die

BRD nicht unbegrenzt Sozialleistungsempfänger aufnehmen kann. Dieser Umstand wird von Befürwortern offener Grenzen üblicherweise kleingeredet. Am Beispiel Deutschlands wird allerdings der drastische Kostenfaktor deutlich: So hat der Bund für 2017 Asylkosten von 21 Milliarden Euro errechnet, während dem Bundesministerium für Familie 9,52 Milliarden Euro zur Verfügung standen. Nur eine Minderheit dieser Flüchtlinge sind Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention, um die wir uns vollkommen zu Recht kümmern sollten. Der Großteil sind Personen, die sich offenbar vom deutschen Sozialsystem angezogen fühlen. Bei tatsächlich offenen Grenzen würden sich noch deutlich mehr Menschen auf den Weg nach Deutschland machen.



Allein wegen der ungeordneten Migration in die BRD seit 2015 und den damit verbundenen Kosten werden langfristig Steuererhöhungen unvermeidbar sein, zumindest wenn man verschiedenen Ökonomen wie Hans Werner-Sinn oder Bernd Raffelhüschen glauben möchte: „Jeder Flüchtling wird in seiner Lebenszeit per saldo 450.000 Euro kosten.“

POLITISCHE PRAXIS – LIBERALE RECHTSSTAATEN SIND DIE AUSNAHME

Ein weiterer Aspekt, der westliche Demokratien mit offenen Grenzen vor eine Herausforderung stellen würde, ist die Tatsache, dass die meisten Menschen auf der Welt überhaupt keine Demokraten sind. Lediglich 4,4 % der Weltbevölkerung lebt nach dem Demokratieindex in vollständigen Demokratien und die Hälfte der Menschheit in Hybridregimen oder autoritären Regimen. Zudem leben lediglich 38 % der Menschen in Staaten, die die Menschenrechte anerkennen, diese werden zum Beispiel von allen islamischen Ländern oder anderen bevölkerungsreichen Ländern wie China abgelehnt oder ignoriert. An dieser Stelle könnte man einwenden, dass die Menschen in diesen Ländern unterdrückt werden und demokratische Reformen verlangen würden, wenn sie könnten. Ein Blick auf diverse afrikanische Länder, die Geschichte Venezuelas, die islamische Revolution, die Philippinen oder

die Unterstützung der russischen Bevölkerung von Putin lässt allerdings daran zweifeln. Viele Menschen unterstützen autoritäre Regime und Ideologien aus voller Überzeugung.

Dass sich diese Probleme insbesondere in Westeuropa mit den entstandenen Parallelgesellschaften auch tatsächlich wiederfinden, sollte uns nachdenklich stimmen. So stellt zum Beispiel Ruud Koopmanns (Lehrstuhlinhaber für Soziologie und Migrationsforschung HU Berlin) fest, dass für etwa 65 % der eingewanderten Muslime religiöse Vorschriften wichtiger als säkular legitimierte Gesetze sind.

Die Bewohner liberaler Rechtsstaaten haben somit zum einen ein berechtigtes Interesse, auch weiterhin in liberalen Rechtsstaaten zu wohnen, und zum anderen eine gerechtfertigte Sorge, dass sich dies bei offenen Grenzen ändern könnte.

OFFENE GRENZEN IN DER EU

In der EU lassen sich viele Komponenten der Open-Border-Idee wiederfinden – und das aus gutem Grund. Für international orientierte junge Menschen bietet die EU-Freizügigkeit, die auf das erste Schengen-Abkommen zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden zurückgeht, mittlerweile die Möglichkeit, sich frei zwischen 26 Ländern Europas bewegen und studieren sowie arbeiten zu können. Diese Bewegungsfreiheit ist vor allem aus zwei Gründen möglich:

1. Die EU-Staaten sind einigermaßen stabile, liberale Rechtsstaaten. Die meisten Bewohner der verschiedenen EU-Länder verstehen sich als Demokraten und sind mit der dazugehörigen politischen Praxis und rechtsstaatlichen Institutionen vertraut. Länder wie Ungarn, in denen sich viele Bewohner zu autoritären Ideologen hingezogen fühlen, sind in diesem Kontext kein Gegenbeispiel. Denn wenn sich Ungarn zukünftig zu stark vom liberalen Rechtsstaat entfernt, muss es damit rechnen, aus der EU ausgeschlossen zu werden.
2. Die EU-Staaten weisen zumindest relative ökonomische Gleichheit auf. Vor allem für die Bewohner der bevölkerungsreichsten Länder in der EU bestehen wenig Anlässe, in die Sozialsysteme der anderen Länder einzuwandern. Lediglich stigmatisierte und arme Bevölkerungsgruppen in wenigen östlichen EU-Ländern nutzen die Bewegungsfreiheit zur sozialen Absicherung aus. Dies stellt auch tatsächlich ein Problem dar, nicht umsonst warnte der Bürgermeister von Duisburg Sören Link (SPD) vor einer Einwanderung in das deutsche Sozialsystem aus Ländern wie Bulgarien und Rumänien. An diesem Punkt wird umso deutlicher, dass offene Grenzen eine Gefahr für Länder sind, wenn sich die Sozialsysteme qualitativ zwischen den Ländern zu stark unterscheiden.

Ich denke, dass uns weltweit in absehbarer Zeit die Bedingungen fehlen werden, die die Freizügigkeit in der EU möglich gemacht haben und wir auch als Liberale der Idee der globalen Bewegungsfreiheit sehr skeptisch gegenüberstehen sollten. ■





Das Trümmerfeld des Informationskriegs

Wie Online-Propaganda die Menschen und das Internet spaltet



Nikodem Skrobisz, geboren 1999 in München, ist als Autor von Romanen und Kurzgeschichten insbesondere unter dem Pseudonym Le-veret Pale bekannt. Er ist Vorstandsmitglied des Bundesverbands junger Autoren und Autorinnen e.V. (BVJA) und Chefredakteur von Peace Love Liberty. Er studiert zurzeit Kommunikationswissenschaften und Psychologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Was haben Facebookseiten mit Namen wie “Black Matters”, “Brown Power” und “Patriotic Today”, “United Muslims of America”, “LGBT United” und “Army of Jesus” gemeinsam? Auf den ersten Blick scheint es nicht viel zu sein, doch es lohnt sich genauer hinzusehen: Sie existieren mittlerweile alle nicht mehr, hatten davor aber jeweils mehrere hunderttausende Follower und sprachen unterschiedliche, aber klar definierte Personengruppen in den USA an. Diese Facebookseiten verbreiteten dabei oft das, was man als Hatespeech, Fake News und Identitätspolitik bezeichnet, und hetzten ihre Follower gegen die Follower der jeweils anderen Seiten auf. So verteuflten zum Beispiel die Seiten “Black Matters” und “Brown Power” Weiße, insbesondere Polizisten, und riefen zu Demonstrationen der Black Lives Matter-Bewegung auf, während “Patriotic Today” gegen Schwarze und die BLM-Bewegung hetzte.

Die Hetze war aber nicht der primäre Grund, warum die Seiten 2016 von Facebook gelöscht wurden. Gelöscht wurden sie, weil sie wie circa 8.000 andere Facebookseiten und zahllose YouTube Kanäle alle aus dem gleichen Gebäude stammen, einem unscheinbaren Betonklotz mit verspiegelten Fenstern in St. Petersburg. Dort hat die russische Internet Research Agency ihren Sitz, eine sogenannte Trollfabrik, die neben den Sendern Russia Today und Sputnik, einer der größten Kanäle der russischen Online-Propaganda darstellt. In den USA haben die Folgen dieser Propaganda und deren noch immer laufende Aufarbeitung seit dem US-Wahlkampf 2016 zu einer tiefen Spaltung und Verunsicherung der Gesellschaft beigetragen. Entsprechend fürchtet man auch in Europa vor allem in Hinblick auf die bevorstehenden EU-Wahlen eine Wiederholung. Im Dezember 2018 legte daher die EU-Kommission einen Aktionsplan gegen FakeNews und russische Propaganda vor, um die EU-Wahlen vor dieser zu schützen, da man befürchtet, sie könnten zu einem Erfolg von Anti-EU-Parteien beitragen. Doch warum ist diese russische Propaganda so effektiv und wie funktioniert sie? Warum zittert der halbe Westen vor einem Betonklotz in St. Petersburg, in dem ein paar Trolle sitzen?

FIREHOSE OF FALSEHOOD - DER FEUERWEHRSCHLAUCH DER FALSCHHEIT

2015 veröffentlichte die amerikanische RAND Corporation (research and development), ein 1948 gegründeter staatlicher ThinkTank, der das US-Militär berät, ein Paper, das das neue Modell der russischen Propaganda beschreibt. Die Strategien, die darin unter dem Namen Firehose of Falsehood, Feuerwehrschauch der Falschheiten, beschrieben und zusammengefasst werden, stellen in ihrer Skrupellosigkeit jedes ARD-Framing meilenweit in den Schatten.

Grundlegend bauen die russischen Propagandastrategien wie die der Sowjetunion darauf, die eigenen Intentionen zu verschleiern und die Gegner gegeneinander auszuspielen, ohne dass sich diese dem Einfluss der Propagandisten bewusst werden. So werden zum Beispiel bereits bestehende Ressentiments in der Gesellschaft des feindlichen Landes dazu heimlich verstärkt und etablierte Normen dekonstruiert. Dadurch soll der Feind sich selbst durch innere Konflikte zur außenpolitischen Handlungsunfähigkeit lähmen und am besten gleich selbst zerstören. Diese Vorgehensweise ist damit viel effizienter und kostengünstiger, als die offensive Überzeugungsarbeit klassischer Propaganda oder konventionelle Kriegsführung. Russland mag zwar was die Zahl der Soldaten und der physischen Waffen angeht, der NATO unterlegen sein, aber das ist in Zeiten der modernen, hybriden Kriegsführung im Cyberspace weitestgehend irrelevant, und das nicht nur, weil ein offener physischer Krieg aufgrund des nuklearen Damoklesschwerts quasi unmöglich ist. Ein kleines Team von Propagandisten kann mit wenigen gezielten Desinformationskampagnen, also dem Verbreiten von Fake News, effektiver Verwirrung und immensere Schäden an den liberal-demokratischen Strukturen des Westens ausrichten als jeder Drohnenschlag - und das meistens auch noch unentdeckt. Spätestens seit dem Einfall Russlands in Georgien 2008 vollzog sich durch die neuen Möglichkeiten des Internets eine Revolution der russischen Propagandamethoden, die vor allem im Zuge der Krim-Annexion 2014 und den USA-Wahlen 2016 in ihrer vollen Ausprägung zur Anwendung kamen.



Das neue russische Propagandamodell der Firehose of Falsehood nutzt die ganze Bandbreite an Möglichkeiten der Digitalisierung, um den Gegner nicht nur über zahlreiche Kanäle wie aus Wasserschläuchen mit Lügen vollzuspritzen, sondern ihn regelrecht in Fake News zu ertränken, bis niemand mehr weiß, was wahr oder falsch ist. Als die Kern-Elemente dieses Modell identifiziert die Rand Corporation daher:

1. *High-volume and multichannel*
2. *Rapid, continuous, and repetitive*
3. *Lacks commitment to objective reality*
4. *Lacks commitment to consistency*

DIE PSYCHOLOGIE HINTER DEM FAKE NEWS-SCHWALL

Über zahlreiche Kanäle, angefangen bei den Blogs und YouTube Kanälen von Russia Today und Sputnik News, bis hin zu zahllosen gefälschten Facebookseiten und durch die fingierten Kommentare von Bots und sogenannten "Trollen", die Lügen, politische Memes und Provokationen in den Kommentarbereichen von Webseiten und in Foren verbreiten, werden europäische und amerikanische Internetnutzer in großer Menge und schneller Geschwindigkeit mit Fake News bombardiert. So wird die liberale Demokratie an ihrer größten Schwachstelle angegriffen: ihrer Abhängigkeit von der öffentlichen Meinung und einem Konsens, und damit von der Vernunft der Massen.

Dies tut diese Art der Propaganda, indem sie den gesunden Menschenverstand durch die Ausnutzung mehrerer psychologische Heuristiken und Denkprinzipien des menschlichen Geistes effektiv aushebelt: Durch den Informationsoverload werden die Menschen dazu verleitet, noch stärker als sonst schon mentale Abkürzungen (also Heuristiken) zu verwenden, um den Wahrheitsgehalt einer Meldung zu beurteilen. Das stärkt zuerst den sogenannten Primäreffekt, der bewirkt, dass Menschen sich für die erste Meldung zu einem Ereignis nicht nur mehr interessieren, sondern diese auch eher glauben und verinnerlichen, als die darauffolgenden Meldungen, die die erste eventuell als Lüge enttarnen. Durch gegenseitige Zitation, eine professionelle Aufmachung und redaktionelles Bearbeiten erhalten die Fake News ein Art von Autorität und damit Glaubwürdigkeit, die den Nutzer dazu verleitet nach dem Autoritätsprinzip zu urteilen ("wenn es seriös aussieht, muss es auch glaubwürdig sein"). Wenn ein Nutzer dann trotzdem nicht sofort einer Falschmeldung glaubt, so wirkt diese Propaganda langfristig dann trotzdem dadurch, dass er sie von allen Seiten immer wieder zu sehen oder zu lesen bekommt. Durch diese Wiederholung entsteht ein Reiterationseffekt ("was man oft hört, merkt man sich"). Spätestens, wenn er dann vergisst, dass die gemerkte Information aus unglaublichen Quellen stammt, das "Fake" also vergessen und nur noch die "News"

im Gedächtnis geblieben ist- was man in der Psychologie als Sleeper-Effekt bezeichnet — wird er sie auch oft glauben. Durch diesen gezielten Angriff auf die psychologischen Schwachpunkte des menschlichen Verstandes, ist es äußerst schwer, sich dem Einfluss dieser Propaganda zu entziehen. Man muss dafür besonders wachsam und kritisch sein, was wohl die wenigsten von uns sind, wenn sie morgens vor dem zweiten Kaffee noch im Bus zur Uni durch Facebook scrollen und eigentlich nur ein paar Memes und Aufreger zum Wachwerden suchen.

Des Weiteren — und das verwirrt die Forscher zu Beginn am meisten, denn es widerspricht allen bisherigen bekannten Propagandamodellen — bemüht sich diese Propagandastrategie nicht einmal im Ansatz um Konsistenz und Kontinuität oder irgendwie darum, sich zumindest teilweise den Anschein von Objektivität und Aufrichtigkeit zu geben. So leugnete Putin am Anfang der Krim-Krise, es wäre im Interesse Russlands die Krim zu annektieren, genauso wie er sagte, es gäbe keine russischen Soldaten auf der Krim, nur um später zu verkünden, dass die Annexion natürlich von Anfang an der Plan war und selbstverständlich russische Truppen ausgesandt worden waren, um die russische Mehrheit zu schützen. Noch extremer verbreiten russische Trollfabriken und Nachrichtensender sich widersprechende und rapide wechselnde und konkurrierende FakeNews, um von der einen Seite zum Beispiel die Black Lives Matters Bewegung zu verurteilen, und von der anderen im gleichen Sekundentakt in den Himmel zu loben. Zusätzlich arbeiten rund um die Uhr professionelle "Trolle" in der Internet Research Agency daran, ihre tägliche Quote von 135 Kommentaren zu erfüllen, indem sie Streit in Foren anzetteln und Artikel und Autoren diffamieren, die nicht in die russische Agenda passen.

Bei genauerer Analyse ergibt sich, dass so eine Streuung und Ambivalenz bei Fake News hocheffektiv ist. Zwar mag es zu einem gewissen Grad der Glaubwürdigkeit schaden, wenn man ständig etwas anderes behauptet, doch zugleich wecken Widersprüche das Interesse der Rezipienten und wenn ein starkes Argument für den Meinungswechsel geliefert wird, wirkt die Quelle dann oft für viele Menschen paradoxerweise vertrauenswürdiger, da sie ausgewogener zu berichten scheint. Durch den Conformation-Bias und die personalisierten Algorithmen der Sozialen Netzwerke, bekommt der Rezipient am Ende aber auch zum Großteil nur das zu lesen und zu sehen, was eh seine Weltansicht bestätigt und seine soziale Gruppe anspricht, was ihn zu einer leichten Beute für instrumentalisierte Identitätspolitik macht. Und wer doch versucht aus seiner Filterblase auszutreten und sich nicht wie eine Schachfigur gegen die anderen Gruppen ausspielen zu lassen, der versinkt durch die Trolle und Fake News in einem Meer aus Widersprüchen, Lügen und Beleidigungen. Wie schwierig es ist, Trolle von echten Nutzern und von außen gestiftete Identitätspolitik sowie Chaos von genuine Interessen zu unterscheiden, illustriert nicht nur die Black-Li-

ves-Matters Bewegung in den USA, deren gewaltsame Eskalationen nun zumindest zum Teil wohl ausländischem Einfluss zuzurechnen sind, genauso wie die Tumulte rund um den letzten US-Wahlkampf. Auch in Deutschland äußerte Angela Merkel während der Münchener Sicherheitskonferenz 2019 ihren Verdacht, die zeitgleich stattfindenden Schülerdemos der Fridays for Future könnten das Ergebnis ebensolcher hybriden Kriegsführung sein. Für diese Aussage wurde sie von den deutschen Medien scharf kritisiert — aber wer weiß schon am Ende, ob die Schüler, die sonst eher durch politische Passivität glänzen als durch Aktivismus, tatsächlich von selbst auf die Idee der Demos kamen oder nicht doch irgendwo ein paar von Russland betriebene Instagram-Seiten dahinter stecken? Und selbst wenn jemand behauptet zu wissen, wie es wirklich war, woher soll man wissen, ob man ihm trauen kann?

STEVE BANNON UND TRUMPS FAKE NEWS

Russland ist natürlich mittlerweile nicht die einzige Nation, die sich solcher schmutzigen Propagandatechniken bedient. Wer beim Lesen des Artikels bisher etwas mitdachte, der kam sicher nicht drumherum an den wahrscheinlich größten Troll unserer Gegenwart zu denken: Donald Trump. Der US-amerikanische Präsident ist quasi eine Ein-Mann-Trollfabrik. Jeden Tag gibt er über alle Kanäle Polemik und Lügen von sich und ergänzt das noch mit einer endlosen Flut an privaten Tweets. Die Ähnlichkeit zum russischen Propaganda-Modell ist unverkennbar. Tatsächlich erklärte im November 2018 der ehemalige Wahlkampfberater von Trump und Chefstrategie der Alt-Right Steve Bannon bei einem Q&A in Oxford ganz unverfroren, dass sich die Alt-Right und Trump ganz selbstverständlich der Lügen und des Populismus bedienen. Bannon und Trump sind, auch wenn es viele Linke gern so darstellen, keine Idioten. Sie wissen, dass vieles, was sie von sich geben populistische Lügen sind. Aber nach Bannons Logik ist der Populismus die schmutzige Waffe, derer man sich bedienen müsse, wenn man das (in seinen Augen korrupte) „Establishment“ angreifen und den Westen verteidigen wolle.

Man mag von Bannon halten, was man will, aber Trump und er konnten zweifelsfrei Erfolg verbuchen durch das Kopieren des russischen Modells. Dass sich nun das US-amerikanische Staatsoberhaupt und viele der US-amerikanischen Leitmedien aber am regen Verbreiten von Falschheiten und der Pervertierung der Wahrheit beteiligen, macht es langfristig für die Welt aber alles andere als besser, sondern stürzt sie eher langfristig in eine antiaufklärerische Paranoia.

WAS TUN GEGEN DEN LÜGENSTROM?

Wie soll eine Gesellschaft auf diesen endlosen Strom von Lügen reagieren, wie kann sie sich vor der Spaltung und dem Realitätsverlust durch so ein Fake-News-Bombardement wehren? Wie kann ein demokratischer Diskurs in so einem Umfeld weiterbestehen? Untätig kann eine Regierung nicht wegschauen und auch der Markt ist derzeit nicht wirklich in der Lage, eine Antwort hervorzubringen. Obwohl bereits viele der sozialen Netzwerke sich zumindest formell der Enthüllung von Fake News verschrieben haben und mehrere Webseiten und Zeitungen Faktenchecks veröffentlichen, so ziehen sie trotzdem deutlich weniger Leser an als Fake News. Diese sind durch ihren skandalösen und emotionalen Charakter dabei auch für viele soziale Netzwerke deutlich profitablere Quellen für Klicks und damit Werbeeinnahmen als die sachlichen Texte der Aufklärer.

DIE LÖSUNGSVORSCHLÄGE VON RAND

Das Paper der RAND Corporation schlägt der Regierung daher vier Strategien vor, wie sie gegen die digitale Propaganda ankämpfen kann. So sollte man 1. die Bevölkerung warnen und die Wahrheit zuerst verbreiten, also schneller sein als die Gegenseite um den Primäreffekt auszunutzen. Allerdings ist das oft schwer möglich — vor allem bei der Berichterstattung von Ereignissen, die nie stattfanden, sondern reine Erfindung der Propagandisten sind. Deswegen sollen die USA auch versuchen, 2. die Zielgruppen mit eigener Propaganda in eine „produktive“ Richtung zu lenken und dabei auch 3. die russische Propaganda damit zu übertönen und das Netz mit einer eigenen Fälschung dominieren, wie es die neurechten Kreuzritter bereits mehr oder weniger erfolgreich mit Breitbart News und Rebel Media versuchen. Zu guter Letzt kann man auch natürlich 4. die Verbreitungsplattformen attackieren, was man in den letzten drei Jahren in den USA auch tat. Öffentlich ergaben sich daraus vor allem die für alle Seiten etwas peinlichen Auftritte der Chefs von Google und Facebook vor dem US Kongress. Im Hintergrund entwickelten die Cyberstreitkräfte der US Armee, das USCYBERCOM, die Vorschläge hingegen in für sie typisch branchiale Strategien. Diese bestehen mehreren veröffentlichten Papieren und Medienberichten zufolge vor allem daraus, zusammen mit der NSA für die Tage rund um wichtige Ereignisse wie Kongresswahlen durch Hackerangriffe die Internetverbindung der Internet Research Agency lahmzulegen. Das sind aber eher Nadelstiche als eine langfristig zielführende Methode, denn die Propaganda wirkt auch weiter, selbst wenn ihre Quelle für drei Tage im Jahr stehenbleibt, denn die Memes, Artikel und Clips der Propagandisten werden auch von selbst von unwissenden Nutzern geteilt, kopiert und weiterverbreitet.

NATIONALISIERUNG UND ZENSUR DES INTERNETS

Eine weitere radikale Antwort auf den Informationskrieg, wie sie derzeit aber auch für viele andere Probleme vorgebracht wird, sind Nationalisierung und Protektionismus. Russland selbst hat am Anfang dieses Jahres einen Gesetzentwurf gebilligt, der eine Überwachung und Abschottung des russischen Internets vom restlichen Internet ermöglicht. Von einem souveränen russischen Internet und virtuellen Grenzübergängen ist darin die Rede und der Möglichkeit, bei Krisen die Verbindung zum nicht-russischen Internet sofort zu kappen. Man kann also von einer Nationalisierung des Internets sprechen, ähnlich wie sie bereits in China mit der Great-Firewall, aber auch in Iran und Nordkorea existiert.

DIE OFFIZIELLEN MAßNAHMEN DER EU

Bereits 2015 gründete die EU eine 14 köpfige Expertengruppe, die East StratCom Task Force, was damals vor allem als Antwort der EU auf die russische Propaganda und deren Verwirrungstaktiken rund um den Abschuss des Flugzeugs MH-17 galt. Seitdem listet diese Taskforce jede Woche potentielle Fake News auf, analysiert russische Medien und betreut ein globales Netzwerk von Fakten-Checkern, die vor Ort den Wahrheitsgehalt von Berichterstattungen prüfen. Die Ergebnisse der Task Force sind der Öffentlichkeit zugänglich und werden auf der Webseite <https://euvsdisinfo.eu/> veröffentlicht. Wie effektiv diese Methode der Entlarvung von Fake News ist, kann man allein daran erkennen, dass selbst in politischen und journalistischen Dunstkreisen sich kaum jemand findet, der schon mal von der Webseite gehört hat. Dennoch

hat die EU für die kommenden Wahlen das jährliche Budget der Task Force von 1,9 Millionen auf 5 Millionen mehr als verdoppelt. Darüber hinaus versucht die EU zurzeit unter dem Vorwand der Terrorismus- und der Kriminalitätsbekämpfung und des Urheberrechtsschutz, zahlreiche Gesetzesreformen voranzubringen, die es durch Vorratsdatenspeicherungen und Uploadfilter ermöglichen, Inhalte und Nutzer in einem großen Maßstab zu überwachen und zu kontrollieren. Man kann spekulieren, dass damit auch in Wirklichkeit die Grundlagen für eine Great Firewall für Europa gelegt werden sollen.

LIBERALE ALTERNATIVEN ZUR BEKÄMPFUNG DER FALSCHHEIT

Zensur und nationales Internet sind auf den ersten Blick effektive Lösungen für die Bedrohung der Fake-News-Propaganda, doch die Folgen könnten langfristig in einen totalitären Alptraum führen, da der Staat dadurch ein Monopol darauf erringen könnte, was wahr ist und was nicht. Das Problem der Fake News und der hybriden Kriegsführung ist ein gutes Beispiel dafür, wie die digitalisierte Welt uns vor Probleme stellt, die sich kaum durch die Anwendung alter Dogmen lösen lassen.

Die Freiheit der Individuen im Westen kann nur bestehen, wenn sie sich nicht von innen oder außen durch Lügen und Populismus zerstückeln lässt. Ob wir es wollen, oder nicht, wir befinden uns in einem globalen hybriden Krieg, den wir zurzeit an die Lügner und Populisten verlieren. Vor allem in Hinblick auf die kommenden EU-Wahlen, sollte jeder von uns daher Selbstverantwortung übernehmen, kritisch die konsumierten Medien betrachten und seine Stimme erheben für Freiheit und Wahrheit, die besseren Memes posten und sich nicht von der Filterblase verführen lassen. ■

Nikodems Buchempfehlung

Troll — Michal Hvorecky



Der Roman „Troll“ spielt in einem fiktiven Land im Osteuropa der nahen Zukunft. Armeen von Onlinetrollen bekämpfen sich im Internet und hetzen verschiedene Bevölkerungsgruppen durch Kommentare, Fake News und Hetzkampagnen gegeneinander auf. Zwei Freunde beschließen das System der Fehlinformationen zu infiltrieren und von innen heraus zu zerstören, indem sie selbst für eine Trollfabrik anfangen zu arbeiten. Dabei verfangen sie sich selbst in dem Wahnsinn des digitalen Informationskriegs. „Troll“ ist ein topaktueller und mutiger Roman. Michal Hvorecky schafft es die Komplexität und die Gefahren der Onlinepropaganda und der Fake News literarisch mit einer Kritik an den bestehenden politischen Verhältnissen in vielen osteuropäischen Staaten zu verdichten. Erzählerisch ist der Roman vom Stil her für mich nicht perfekt, teilweise ist das Erzähltempo nicht ganz ausgeglichen und nicht ganz glaubwürdig, und die einzelnen Handlungsfäden hätte man etwas besser ausarbeiten können. Allerdings ist so das Buch angenehm kurz, sodass man es während einer Zugfahrt lesen kann und es ist für jeden zugänglich. Insgesamt gleichen für mich die Originalität der Geschichte, die Komplexität des dargestellten Sachverhaltes und die gute Verdichtung der Thematik sowie der kühle Mut, den der Autor mit so einem gesellschaftskritischen Werk an den Tag legt, diese Defizite aus. Ich kann das Buch daher uneingeschränkt weiterempfehlen. Vor allem für Menschen, die sich nicht wie zum Beispiel ich als Journalist und Kommunikationswissenschafts-Student fast täglich mit Propaganda beschäftigen, ist dieses Buch eine starke Rote Pille, nach der man die Welt etwas anders sieht. ■

Die Europäische Union

Deus ex Machina der Postmoderne



Eric Hartmann

studiert Wirtschaftswissenschaften im vierten Semester an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Als überzeugter Liberaler interessiert er sich nicht nur für das politische Tagesgeschäft, sondern auch für die Finanzmärkte und Literatur.

Grexit, Brexit, Dexit? Selten haben so viele populistische Parteien mit dem Austritt aus der Europäischen Union (EU) als Ultima Ratio für sämtliche gesellschaftlichen Probleme geworben; selten hat ebendies so viel Anklang in der Bevölkerung gefunden. Doch wer glaubt, dass die Autarkie das Allheilmittel beliebiger Probleme darstellt, der verkennet, welche Errungenschaften Europa und insbesondere Deutschland der EU zu verdanken haben.

DIE GLOBALE FRIEDENSTAUBE

Frieden im europäischen Raum ist ein Privileg unserer Zeit, welches wir primär der EU verdanken. Schließlich war Jahrtausende lang Krieg der Status quo auf unserem Kontinent. Für diese Leistung erhielt die Europäische Union 2012 nicht umsonst den Friedensnobelpreis. Eine Abwendung von der europäischen Gemeinschaft ist also gleichsam eine Zuwendung zu den alten Konflikten. Selbstredend bedeutet das nicht unbedingt, dass mit einem Zerfall der Europäischen Union wieder Krieg in Europa herrscht — zumindest kein konventioneller; Cyberkriege, atomares Wettrüsten oder Strafzölle sind derzeit en vogue und lassen sich besser über Twitter verkünden. Jedes dieser Mittel zur Konfliktbewältigung ist allerdings kostenintensiver als die Verhandlungen der Abgeordneten in Brüssel.

GEMEINSAMER AUFSCHWUNG

Der Europäische Binnenmarkt ist der größte der Welt und am intrakontinentalen Freihandel profitieren alle Bürger Europas. Der deutschen Wirtschaft geht es gut, die Konjunktur ist seit Jahren im Aufschwung und das Bruttoinlandsprodukt nimmt zu. Wenn man den Prognosen des Sachverständigenrats für Wirtschaft Glauben schenkt, dann ändert sich das vorerst auch nicht. Diesen Wohlstand haben wir unserem Handelsbilanzüberschuss zu verdanken. Deutschland ist und bleibt Exportweltmeister. Frankreich, die Niederlande und Österreich haben Waren im Wert von 253 Milliarden Euro importiert, das ist mehr als das Doppelte der USA bei einem Drittel der Einwohner. Ein Großteil des deutschen Exportgeschäfts findet also innerhalb der Eurozone statt und wird maßgeblich durch die EU begünstigt. Dank der Währungsunion, der Abstinenz von Zöllen und anderen Institutionen ist internationaler Handel in Europa so problemlos möglich wie noch nie. Handel und internationale Arbeitsteilung führen aufgrund unterschied-

licher Faktorpreise und Spezialisierung zu einer globalen Wohlfahrtssteigerung.

FREIHEIT MIT GARANTIE

Auch wenn die mittlerweile außer Kraft getretene „Gurkenverordnung“ und die aktuelle Debatte um Artikel 13 der EU-Urheberrechtsreform, auch bekannt als Uploadfilter, einen anderen Eindruck erwecken, so hat die Europäische Union auch zur individuellen Freiheit des EU-Bürgers beigetragen. Lange konnte man Deutschland kaum verlassen, ohne an einer Grenze kontrolliert zu werden. Das kostete nicht nur Zeit, sondern Unternehmen auch Geld, weil beispielsweise Lastkraftwagen wesentlich länger benötigten, um in ein anderes Land zu gelangen. Dank dem Schengen-Abkommen, das innerhalb der Mitgliedstaaten grenzkontrollfreies Reisen erlaubt, sind diese Zeiten aber längst passé. Ähnliche Freiheit haben wir der EU auch bei der Erwerbstätigkeit zu verdanken. Als deutscher Staatsbürger kann man in jedem EU-Land ohne Arbeitserlaubnis arbeiten und leben. Als Student hat man die Freiheit, über das Erasmus Programm an einer Vielzahl europäischer Universitäten studieren zu können, ohne sich mit unnötigen Formalien befassen zu müssen oder Probleme mit dem Studienverlauf zu bekommen.

BEFUND

Die Europäische Union ist alles andere als perfekt, sie kostet einiges an Geld, ist ein bürokratischer Gigant und nicht alles, was in Brüssel beschlossen wird, ist sinnvoll. Trotz alledem ist der europäische Staatenverbund essenziell für ein weiteres friedliches und prosperierendes Zusammenleben auf diesem Kontinent. Die EU hat das Potential dazu, Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit weiter zu verbreiten und auch im Osten Europas zu etablieren. Zudem ist die EU die einzige Chance für die Mitgliedsstaaten, sich im globalen Wettbewerb gegen China, die USA und Russland behaupten zu können. Ohne die Europäische Union verliert Deutschland also nicht nur Macht und Wohlstand, sondern der deutsche Bürger als Individuum auch ein Stück hart erkämpfte Freiheit. ■

Was hat die EU für uns getan?

Vor jeder Europawahl fragen sich Wähler immer wieder "Was hat die EU denn eigentlich für uns getan?". Im Grunde richtig viel. So viel sogar, dass es doch eigentlich keinen Grund für diese ganzen Meckereien gibt.

Die EU hat die Gemeinsame Agrarpolitik eingeführt, die mit den Steuergeldern der EU-Bürger Landwirte innerhalb der Union finanziert. Landwirte können dank der Staatssubventionen nun günstiger produzieren und sogar exportieren. Schade ist natürlich, dass dadurch Landwirte in Afrika preislich überboten werden. Beispiel Milch: Zwischen 2011 und 2016 stiegen die Milchpulverexporte aus der EU nach Westafrika von 12.900 Tonnen auf 36.700 Tonnen - der größte Teil davon floss nach Senegal, die Elfenbeinküste, Ghana und Nigeria, die das Produkt wieder in ihre Nachbarländer exportieren. Subventionierte europäische Unternehmen bieten nun Agrarprodukte unter dem Lokalpreis in Afrika an und verarmen dadurch lokale Unternehmen. Aber gut, man soll ja nicht so viel meckern.

Toll sind auch EU-Datenschutzregeln, denn dadurch bekommt man endlich mal mehr Freiheit im Netz - wenn auch leider mit einigen kleinen Nebenkosten. So hat die Datenschutzgrundverordnung DSGVO bzw. GDPR bereits vor der Implementierung 7,8 Milliarden Dollar an Compliance-Kosten allein für US-Fortune-500-Unternehmen verursacht. Für mittelständische Unternehmen lagen die durchschnittlichen Ausgaben für Compliance in diesen zwei Jahren bei 550.000 US-Dollar. Dank dieser Kosten entschieden sich mehrere Unternehmen, darunter auch Nachrichtenanbieter wie die LA Times, sich ihre Dienste nicht mehr in Europa anzubieten. Aber ok, große Unternehmen können sich die Kosten des Reglementierungswahns ja leisten (nachdem man kaum noch seine Email-Adresse auf eine Postkarte schreiben kann); also ist es ja kaum so schlimm. Gott sei dank fällt auch niemandem auf, dass die EU sich selbst nicht davon betroffen sieht, sonst könnte ja noch jemand die EU Passenger Name Record Directive (2016/681/EC) infrage stellen, in der alle Flugreisenden ohne Verdachtsmoment gespeichert werden.

Freies Reisen ist auch richtig schön in der EU. Ohne die EU gäbe es Grenzkontrollen und man müsste noch immer reisen wie vor dem Schengener Abkommen. Dass Länder wie Irland und Großbritannien ein Opt-Out vom Schengener Vertrag haben und dass auch nicht-EU-Mitgliedsstaaten am

Schengen-Raum teilhaben können, ist natürlich bloß Detailsache. Und dann gibt es ja noch die Länder, die zeitweise wieder Grenzkontrollen eingeführt haben — nämlich Österreich, Norwegen, Schweden, Dänemark, Deutschland und Frankreich. Die Liste von über 100 "Ausnahmen" vom Schengener Abkommen wäre jetzt doch wohl auch zu lang, um sie vorzustellen.

Und Freihandel haben wir dank der EU auch! Abgesehen von den gescheiterten TTIP-Verhandlungen, dem abgespeckten CETA-Abkommen, der geringen Zahl an Entwicklungsländern, die am Freihandelsbereich "Everything But Arms (EBA)" teilnehmen dürfen, die "Sicherungsklauseln", durch die die Europäische Kommission zu jedem Augenblick über neue Importsteuern entscheiden kann, die kohärente Abwesenheit eines Freihandelsabkommens mit China oder Afrika (obwohl letzteres seit der Schuman-Erklärung im Jahre 1950 Thema ist) oder der Forderung, dass in erneuten EU-US-Handelsgesprächen auf keinen Fall Agrarprodukte ohne Zoll gehandelt werden dürfen. Also wie gesagt, Freihandel nur innerhalb des Clubs.

Gott sei dank baut die Europäische Union auch keine Grenzwälle, wie das momentan in den Vereinigten Staaten passiert. Nun ja, jetzt mal ganz abgesehen von den 1000 Kilometern an Mauern und Zäunen, die unter EU-Finanzierung bereits errichtet wurden. Was sind denn aber schon 1000 Kilometer?

Und Studienfinanzierungen wie Erasmus, das war auch die EU, obwohl die Vorteile von staatlich finanzierten sechs Monaten Auslandsstudium ohne offensichtlichen Mehrwert eher nicht ersichtlich sind. Und wer jetzt mal ganz klar die Forderungen für die Abschaffung des Einheitsvotums im Europäischen Rates für die Einführung von Steuern oder bei der EU-Außenpolitik sowie die Forderung (von Frankreich und Deutschland) für eine einsatzbereite EU-Armee ignoriert, der kann ja auch kaum behaupten, dass sich die EU langsam zur ungewollten Zentralisierung hinbewegt.

Eigentlich gäbe es noch viel mehr Beispiele für all das, was die EU für uns getan hat. Leider kommt man durch das ganze Gemeckere dieser EU-Hasser kaum noch zu Wort. ■



Bill Wirtz

ist Luxemburger und SFL Alumni. Er veröffentlicht politische Kommentare über Europapolitik in mehreren Zeitungen.

Der Brexit kann Großbritannien zu einem globalen Aushängeschild der Freiheit und des Freihandels machen



Jonathan Isaby

ist seit der Gründung von BrexitCentral.com im September 2016 dessen Redakteur. Zuvor arbeitete er als politischer Journalist für die BBC, den Daily Telegraph und ConservativeHome.com und ist ehemaliger Chief Executive der Tax-Payers' Alliance.

Großbritannien trat 1973 in das, was damals noch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft genannt wurde, ein. Es gab 1975 ein Referendum, bei dem die britischen Bürger gefragt wurden, ob sie ein Mitglied bleiben wollen und die Bürger bejahten das mehrheitlich. Das Projekt wurde uns als wirtschaftliches Projekt verkauft, welches angeblich Prosperität und Freihandel fördern soll – das solle ihr Hauptziel sein. Sind das lobenswerte Ziele? Natürlich sind sie es. Aber sind sie erfolgreich gewesen? Ich würde meinen: Nein. Und werden die echten Ziele der Gründer-väter der Europäischen Union verfolgt? Definitiv nicht.

Tatsächlich ist es kein Geheimnis, dass das übergreifende Ziel der europäischen politischen Elite in Brüssel die „immer engere Union“ der Mitgliedstaaten ist – es ist immerhin am Anfang der Europäischen Verträge erwähnt. Aber das britische Volk hat nie zugestimmt, Teil dieses Projekts zu sein, welches sich immer weiter zu einer engeren politischen Einigkeit auf dem Kontinent bewegt. Unterstützer des Europäischen Projekts in Großbritannien wussten genau, dass das britische Volk solch einem Ziel nie zustimmen würde, also waren sie unehrlich in der Art und Weise, wie sie uns das Konzept verkauft haben.

Um fair zu sein, das war nie wirklich ein Problem in Kontinentaleuropa. Ich höre so oft europäische Politiker sagen, dass die Antwort zu allen Problemen „mehr Europa“ ist: mehr Zentralisierung, mehr Harmonisierung, mehr Souveränität abtreten von den Nationalstaaten an Brüssel, mehr Macht für die nicht gewählte Europäische Kommission. Diese europäischen Politiker sind generell ehrlich mit ihrer Wählerschaft gewesen.

Und tatsächlich, seit die Briten sich dazu entschieden haben, die Europäische Union zu verlassen, haben wir von Personen wie den Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, und den französischen Präsidenten, Emmanuel Macron, gehört, wie sie ihre Pläne der tieferen Integration vorantreiben wollen. Die Tatsache, dass Großbritannien die Union verlässt, macht es ihnen möglich, ihre Pläne schneller durchzuziehen, da wir sie bisher aufgehalten haben. Dafür werden sie vielleicht dankbar sein. Aber es ist Beweis genug, dass diese Scheidung nötig

ist, da wir komplett andere Dinge wollen.

Ich habe vorher geschrieben, dass manche sagen, es gehe bei der Europäischen Union um die Förderung der Prosperität. Aber die Beweise dafür sind kläglich gering. Zur Zeit des Referendums 2016 zum Beispiel hat die USA ihr Bruttoinlandsprodukt um circa 13 Prozent in den letzten acht Jahren steigen sehen. Im selben Zeitraum ist das BIP der EU um gerade einmal drei Prozent gestiegen. Tatsächlich, als wir darum gefragt wurden, unser Vertrauen in die Mitgliedschaft in die EU zu legen, um zukünftige Prosperität zu sichern, war dies der einzige Kontinent mit einem langsameren Wirtschaftswachstum als die Antarktis.

Übrigens wurde von der Pro-EU-Kampagne während des Referendums argumentiert, dass das Verlassen der EU zu einem sofortigen wirtschaftlichen Desaster in Großbritannien führen würde. Der damalige Finanzminister, George Osborne, behauptete, dass zwei Jahre nach Austritt unser BIP um sechs Prozent niedriger sein würde. Er meinte auch: „Eine direkte Konsequenz der Wahl des Verlassens der EU wäre ein signifikanter Verlust von Arbeitsplätzen überall in Großbritannien, innerhalb von zwei Jahren würden mindestens eine halbe Millionen Jobs verloren gehen – und das ist am unteren Spektrum der Vorhersagen, über Großbritannien hinweg könnten bis zu 820.000 Jobs verloren gehen.“ Christine Lagarde vom Internationalen Währungsfonds rechnete damit, dass die Reaktion des Marktes auf einen Austritt „negativ und vielleicht schwerwiegend“ sei.

Die Realität? Der „sofortige und profunde wirtschaftliche Schock“, den das Finanzministerium vorhergesagt hat, ist nicht zu sehen, da es kontinuierliches Wirtschaftswachstum in jedem Quartal seit dem Referendum gab. Stattdessen haben so ziemlich alle offiziellen Projektionen ihre Wachstumsvorhersagen für jedes neue Quartal nach oben korrigiert. Das Konsumentenvertrauen ist gestiegen, die Produktionsleistung geht nach oben. Die Bestellzahlen sind so hoch wie seit 1988 nicht mehr.

Die Arbeitslosigkeit ist außerdem auf dem niedrigsten Niveau nicht nur seit dem Beginn der Finanzkrise, sondern seit den 1970er Jahren – und sie fällt immer noch. Und die guten Nachrichten für Großbritannien gehen weiter.

Der Exodus von ausländischen Investoren, welcher von so

vielen vorhergesagt wurde, hat sich nicht verwirklicht. Eigentlich ist das genaue Gegenteil der Fall. Zum Beispiel:

Die Deutsche Bank gab ein Vertrauensvotum an die City of London mit einem 25-jährigen Versprechen, in London ein neues Quartier aufzubauen.

Leitende Angestellte bei UBS, Credit Suisse und der Société Générale planen, ihre Investitionen in Großbritannien zu erhöhen.

Lidl investiert 1,5 Milliarden Pfund in Großbritannien als Teil eines Plans 50 bis 60 neue Supermärkte zu eröffnen.

Investitionen in den Technologiesektor sind seit dem Referendum überall in Großbritannien mehr als doppelt so hoch gewesen wie bei unseren nahestehenden Mitbewerber Deutschland.

Großbritanniens Wirtschaft ist konkurrenzfähiger auf der globalen Bühne als zu irgendeinem Zeitpunkt im letzten Jahrzehnt, zeigt ein einflussreicher Index, veröffentlicht vom World Economic Forum.

London ist an der Spitze eines neuen Index, der als einer der grundlegendsten internationalen Städterankings angesehen wird. Und trotz der Panikmache von manchen wurden Studenten aus der EU nicht davon abgeschreckt, in Großbritannien zu studieren: die Anzahl an ausländischen Studenten, die sich an britischen Universitäten beworben hat, hat ein neues Rekordhoch in den letzten Monaten erreicht.

Aber um zur Wirtschaft der EU zurückzukehren, muss man einen Blick auf den selbstzugefügten Schmerz richten, den die Europäische Union sich zugezogen hat, weil sie Länder mit ungleichen Wirtschaftsniveaus gezwungen hat, eine Einheitswährung anzunehmen. Ich werde für immer dankbar sein, dass Großbritannien niemals in dieses selbstmörderische Unterfangen reingezogen wurde. Sie müssen sich nur die schrecklichen Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit in südeuropäischen Ländern wie Griechenland oder Spanien ansehen, um die Probleme zu sehen. In diesen Ländern haben tatsächlich die Hälfte der jungen Erwachsenen keinen Job: eine ganze Generation tragischerweise verdammt zu einem Leben der wirtschaftlichen Inaktivität im Namen eines politischen Projekts.

Der Euro ist ein typisches Beispiel des Dogmas der Europäischen Union des „one size fits all“, der Einheitsgröße: dass die Lösung zu einem Problem, welches vielleicht für Lyon richtig ist, auch die Antwort in Lissabon, Limassol, Leipzig und Ljubljana sein muss. Aber das ist wo London widerspricht. Für mich und einer historisch hohen Anzahl meiner Landsleute, die 2016 für den Austritt aus der EU gestimmt haben, ging es bei unserer Entscheidung darum, die Souveränität wiederzuerlangen, welche gradual über die letzten vierzig Jahre hergegeben wurde. Es ging darum, die Kontrolle über unsere Gesetze, unsere Grenzen, unser Geld und unsere Handelspolitik wiederzuerlangen.

Ich wollte, dass Großbritannien wieder frei darin ist, sein eigenes Schicksal zu wählen; dass es die Politiker sind, die ich gewählt habe – und mich dazu entscheiden kann, sie nicht mehr wiederzuwählen – diejenigen sind, die entscheiden, welche Gesetze und Regulierungen

uns in Großbritannien betreffen, keine entfernten Bürokraten, die in Brüssel in ihren Büros sitzen.

Und einer der grundlegenden Aspekte darin, die Kontrolle wiederzuerlangen, ist es, wieder einen Sitz in der Welthandelsorganisation einzunehmen – als eigenes, unabhängiges Mitglied. Für mehr als vierzig Jahre musste Großbritannien diese Verantwortung an irgendjemanden abgeben, der in Brüssel sitzt und für uns unsere Handelspolitik schmiedet.

Die Zollunion ist ein grundlegender Aspekt der EU-Mitgliedschaft und weit entfernt von einer Freihandelszone anstatt viel mehr ein protektionistischer Schläger.



Der gemeinsame externe Zoll der EU (welcher festlegt, welche Zölle und Quoten auf Importe in die Zollunion zutreffen) erlegt Zölle auf Produkte, viele davon, die Großbritannien nicht produziert und somit kein Interesse hat, sie zu schützen. Das resultiert in höheren Preisen für Konsumenten und trifft die Armen am meisten.

Außerhalb der EU wird es also Großbritannien möglich sein, ihre Importzölle zu reduzieren, um sowohl die Preise der Konsumgüter zu senken, wie auch Freihandelsverträge mit anderen Ländern auszuhandeln, welche wiederum Zölle auf unsere Exporte senken.

Genauso werden die Ärmsten in anderen Regionen der Welt schwer von der Handelspolitik der EU getroffen. Sie fördert billige Importe von Primärgütern wie Kaffee oder Thunfisch, aber bestraft Importe von verarbeiteten Versionen derselben Güter schwer. Dies begünstigt europäische Produzenten, während es die Sache schwieriger für Entwicklungsländer macht, sich aus der Armut zu befreien.

Wir in Großbritannien haben also die Möglichkeit, nun die Fahne des globalen Freihandels wehen zu lassen – das Argument für ungehinderten Handel als bestes Instrument zu verwenden, welches uns zur Milderung der Armut und der sozialen Gerechtigkeit zuhause wie auch im Ausland zur Verfügung steht. Aber dies können wir nur außerhalb der Europäischen Union tun. ■

Bedenkliche Reformen der polnischen Justiz: Das Warten auf die Entscheidung des EuGH



Patryk Wachowiec
ist Rechtsanalyst am
Civil Development
Forum (FOR
Foundation) und
Mitbegründer des
CADR-Instituts in
Warschau.

Wenn die Regierungsmehrheit immer mehr schlechte Gesetze beschließt, werden die Gerichte zu den einzigen Verteidigern der Bürger. Deswegen ist es von großer Wichtigkeit, dass die Justiz von den beiden anderen Gewalten unabhängig ist.

Die Lähmung der wichtigsten Institutionen der Justiz, die im November 2015 von der polnischen Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) begonnen wurde, ist deshalb eine große Gefahr für die Menschenrechte: Eigentum, Meinungsfreiheit sowie das Recht auf Information.

In einer Situation, in der die verbindliche Kontrolle des staatlichen Handelns nicht mehr möglich ist, kann der Europäische Gerichtshof allerdings intervenieren, weshalb er in diesem Jahr mehrere Schlüsselerkenntnisse in polnischen Angelegenheiten fällen wird.

Die Verfassung jedes demokratischen Staates sieht ein System gegenseitig gebundener Institutionen vor, deren Aufgabe es ist, die Werte, die die Basis des Gesetzes darstellen, zu verteidigen. In der Konsequenz ist ihre Aufgabe damit die Verteidigung der Menschenrechte. Diese kommen nämlich nicht von irgendeiner staatlichen Gewalt, sie ergeben sich aus der menschlichen Natur. Aus diesem Grund hat jeder Versuch, dieses System zu untergraben, auch eine Auswirkung auf die Menschenrechte.

Seitdem *Recht und Gerechtigkeit* die Parlamentsmehrheit in Polen übernommen hat, regiert das erste Mal eine Gruppierung selbstständig und wir sind die Zeugen systematischer und geplanter Attacken auf die Unabhängigkeit der Justiz. Der *Modus Operandi* der Regierung war sehr einfach:

Die Kontrolle der Verfassung wurde blitzartig ausgeschaltet, wodurch sich die Möglichkeit ergab, jedes erdenklich schädliche Gesetz zu verabschieden. Diese Kontrolle wurde kurze Zeit später wieder angeschaltet, offiziell sollte alles wie früher laufen, doch sie wird nun unter anderem von jenen ausgeübt, die vorher für die Ausschaltung mitverantwortlich waren.

Diese Vorgänge fanden statt, als die Regierungsmehrheit mithilfe des Präsidenten zwischen November 2015 und Dezember 2016 verfassungswidrig drei neue Richter anstelle von anderen legal gewählten Richtern in das Gericht versetzte. Zeitgleich verabschiedete sie ein Gesetz, das den neuen Richtern (die in Polen „Ersatzrichter“ (dubler) ge-

nannt werden) ermöglichte, einen neuen Vorsitzenden des Gerichts mitzuwählen. Das Gericht urteilte wiederum, dass die Überprüfung dieser Handlungen der Regierungsmehrheit selbst gegen die Verfassung verstoßen würde.

Seit dieser Zeit ist das Verfassungsgericht nicht mehr eine Institution, die die Bürger vor schlechten Gesetzen und Rechtsauslegungen schützt.

Ganz im Gegenteil: Mehrere Entscheidungen dieses Organs (die nach der herrschenden Meinung der Verfassungsjuristen in Polen nicht gültig sind, weil sie mithilfe von den oben genannten Richtern zustande gekommen sind) haben als Ziel, den Willen der Regierung zu bestärken und dem so erlassenen „Recht“, die Illusion der Legitimation und Verfassungsmäßigkeit zu geben.

Manche dieser „Entscheidungen“, die die vorherigen Lösungen in Frage stellen, gaben PiS die Möglichkeit, weitere Veränderungen im Justizsystem durchzuführen.

So geschah es mit dem staatlichen Rat der Justiz (Krajowa Rada Sadownictwa) sowie mit dem Obersten Gericht (nicht zu verwechseln mit dem Verfassungsgericht).

In der polnischen Verfassung steht, dass das Ziel des staatlichen Rates der Justiz darin liegt, die Unabhängigkeit und juristische Unbefangenheit der Richter zu wahren.

Die Hauptaufgabe dieses Organs ist die Rekrutierung der Personen für das Richteramt sowie der darauf folgende Antrag an den Präsidenten zur rechtmäßigen Vereidigung der Kandidaten.

Die Mehrheit in diesem Organ bestand bisher mit 15 von 25 Mitgliedern aus Vertretern der Justiz, die von ihrem eigenen Umfeld gewählt wurden. Die restlichen Mitglieder sind entweder Vorsitzende der höchsten polnischen Gerichte oder die Vertreter der anderen Gewalten. Diese Zusammenstellung befürworteten die Verfasser der heutigen Verfassung; denn wenn man dem Staatlichen Rat der Justiz die Aufgabe des „Wächters“ der Justiz übergibt, so ist es nur logisch, dass Vertreter der anderen Gewalten nur minimalen Einfluss haben sollten. So ist auch der europäische Standard.

Anfang 2018 beschloss die parlamentarische Mehrheit allerdings, dass 15 der Vertreter vom Sejm (dem polnischen Parlament) gewählt werden, also einem Organ der Legislative. Die Wahlen wurden aber von den Richtern boykottiert, von 10 000 aktiven Richtern stellten sich lediglich 18

zur Wahl. Den bisherigen Mitgliedern des SRJ, die eine garantierte Amtszeit von 4 Jahren hatten, wurde diese gekürzt. Es wurden neue Kandidaten gewählt.

Im Verlauf eines Jahres des Funktionierens des SRJ waren wir die Zeugen der Delegitimation von Gerichten, dem Infragestellen der Entscheidungen des EuGH sowie dem sichtbaren politischen Engagements von dessen Mitgliedern.

Es reicht bereits zu sehen, dass der Wettbewerb für den Sitz im wichtigsten Gericht des Landes (dem Obersten Gericht) nur wenige Tage dauerte und die Kandidaten ihre Errungenschaften während eines zehn-minütigen Gesprächs präsentiert haben. Das ist eine absolute Verleugnung jeglicher Standards der Richterwahl und daraus resultierend der Unabhängigkeit der Justiz.

Der Boykott des neuen SRJ, der daraus entstand, dass bemängelt wurde, dass dieses Organ wider der Verfassung neu besetzt wurde, bewegte die Mitglieder dazu, die Frage an das Verfassungsgericht zu stellen, ob die Neubesetzung verfassungsmäßig war. Der Ausgang ist nicht schwer vorauszusehen.

Die dritte Institution, die die Attacken der Regierenden ertragen musste, war das Oberste Gericht. Mit dem Gesetz vom Dezember 2017 wurde das Rentenalter der Richter auf 65 Jahre herabgesetzt, obwohl für die früher gewählten Richter bei ihrem Dienstantritt noch das Rentenalter von 67 Jahren gegolten hatte. Diejenigen der Richter, die weiterhin arbeiten wollten, mussten den Präsidenten um seine Zustimmung bitten. Ihr Antrag sollte von dem SRJ begutachtet werden. Dieser Prozedur fielen fast ein Drittel der Richter des Obersten Gerichts zu Opfer.

Gleichzeitig vergrößerte der Präsident die Anzahl der Richter auf 120 und aus dem zuvor erwähnten Gesetz gingen zudem zwei neue Kammern hervor: Die Kammer für Disziplinarverfahren sowie die „Außerordentliche Kammer“, die über die Geltung der Wahlen entscheidet. Die Entlassung eines Teils der Richterschaft und die Vergrößerung der vakanten Plätze erlaubte PiS die personelle Übernahme dieser Institution. In einem skandalösen Wettbewerb des SRJ wurden für das Richteramt unter anderem Staatsanwälte, die unter dem Justizminister arbeiten, Anwälte, die offenkundig die Regierung unterstützen, sowie Berater des Sejm marszałek (vergleichbar mit dem Vorsitzenden des Bundestags) für die Wahl vorgeschlagen. Mit solchen Persönlichkeiten wurde unter anderem die Kammer für Disziplinarverfahren besetzt, deren Aufgabe es ist, Delikte zu sanktionieren, die Richter begehen. Die Übernahme der wichtigsten Organe der Justiz konnte als abgeschlossen angesehen werden.

Glücklicherweise wurden die Veränderungen in der polnischen Justiz in Europa nicht übersehen.

Polen ist als EU Mitglied nämlich verpflichtet, die Verträge zu wahren und die polnischen Gerichte sind gleichzeitig Gerichte der Europäischen Union. Die sich verschlechternde Situation animierte Unionsorgane, namentlich die Kommission und den EuGH, zum Handeln.

Polen wurde zum unrühmlichen Helden des ersten Verfahrens nach dem Art. 7 des Vertrages über die Europäische Union. Auf Antrag der

Kommission, die anführte, dass die Summe der Veränderungen in der Justiz einen der Werte der EU, das Rechtsstaatsprinzip, verletzt, wird der Rat, also die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, darüber entscheiden, ob „es in Polen ein signifikantes Risiko der ernsthaften Verletzung der Rechtsstaatlichkeit gibt.“ Ein negativer Ausgang kann sogar dazu führen, dass Polen in seinen Rechten als Mitglied suspendiert wird. Trotz des Umstands, dass die Entscheidung einstimmig gefällt werden muss und Ungarn bereits angekündigt hat, dass sie dagegen stimmen werden, zeigen die weiterhin stattfindenden Anhörungen unseres Landes das Ausmaß der Reformen in Polen und erlauben es, eine große Anzahl an Beweisen für das Verletzen der Rechtsstaatlichkeit zu sammeln. Diese Prozedur dauert immer noch an und bislang ist kein Ende in Sicht.

Sehr viel bedeutendere Ergebnisse haben die Handlungen des EuGH. Aufgrund einer Beschwerde der Kommission über die Absetzung des Rentenalters für Richter hat dieser vorübergehend (bis zu einem endgültigen Schiedsspruch) die „Säuberung“ der Richter geblockt, die nicht das Ansehen des Präsidenten und des SRJ genießen durften. Das erlaubte z.B. die Wiederkehr der ersten Vorsitzenden des Obersten Gerichts und verhinderte, dass eine neue Person gewählt wurde, die das Gericht leiten würde. Im Mai wird ein Urteil dazu erwartet.

Die Unionsverträge sehen darüber hinaus vor, dass jedes Gericht eines Mitgliedstaates die Möglichkeit hat, eine sogenannte „Auslegungsfrage“ im Vorabentscheidungsverfahren zu stellen. Haben die Gerichte Zweifel an der Auslegung der EU Rechtsakte, so können sie den EuGH gemäß Art. 267 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) um Antwort bitten.

Diese Prozedur wurde von dem Obersten Gericht und zahlreichen anderen Gerichten dazu genutzt, um zu fragen, ob die aktuellen Reformen mit dem EU-Recht vereinbar sind. Unter anderem beinhalten die Fragen die Zweifel an der Unabhängigkeit der Kammer für Disziplinarverfahren, das neue Prozedere des Disziplinarverfahrens sowie die Zusammensetzung des neuen SRJ. Bis die Entscheidungen diesbezüglich gefallen sind, versucht die Richterschaft in Polen alles, um die neuen Organe nicht anzuerkennen und hofft darauf, dass der EuGH zum Ergebnis kommt, dass diese den EU-Standards nicht gerecht werden. Das wird zumindest teilweise dazu führen, dass die schlechten Veränderungen in der Justiz rückgängig gemacht werden.

In der Situation, in der die wichtigsten Gerichte in Polen nicht verfassungsgemäß funktionieren und die Regierenden den Mechanismus der Verfassungskontrolle ausgeschaltet haben, bleibt den Bürgern nur die Hoffnung, dass der EuGH, eines der wenigen Organe, auf die PiS keinen Einfluss hat, einen Schutzschirm über die polnischen Gerichte errichtet. Das wird nicht nur bewerkstelligen, dass das EU-Recht in den Mitgliedsstaaten von unabhängigen Gerichten einheitlich umgesetzt wird, es wird auch zu einem besseren institutionellen Gleichgewicht in Polen führen. Daraus folgt auch, dass die Menschenrechte in Polen besser geschützt sein werden. Eine Frage der Zeit ist es darüber hinaus, bis die Kommission oder eines der polnischen Gerichte den EuGH in der Frage der Vereinbarkeit der neuen Besetzung des Verfassungsgerichts mit den EU-Rechtsakten um dessen Begutachtung anfragen wird. ■

Übersetzung aus dem Polnischen ins Deutsche von Adam Mazik.

Helden der Freiheit: Leopold Kohr zur EU

Leopold Kohr (1909-1994) war ein österreichischer Nationalökonom, Jurist und Philosoph. Das Motto "Small is beautiful" geht auf ihn zurück. Auch Ernst Friedrich Schumacher ließ sich beim Verfassen seines bekanntesten und gleichnamigen Buches maßgeblich von seinem Freund und Lehrer Kohr inspirieren. Als einer der Ersten rückte Kohr die Frage nach der richtigen Größe von politischen Einheiten in den Fokus der Aufmerksamkeit. Für sein Wirken erhielt Kohr einige Auszeichnungen, unter anderem den alternativen Nobelpreis (1983).

Leopold Kohr hat sich intensiv mit dem Thema EU auseinandergesetzt und auch die Debatte mit seinem Wirken geprägt. Bekannt ist etwa die Karte Eurotopias von Alfred Heineken, der dabei maßgeblich von der Philosophie Kohrs beeinflusst wurde. Nach diesem Modell wäre Europa in 75 Regionen aufgeteilt. Im Mittelpunkt stand bei dieser Überlegung keine europaskeptische Haltung. Kohr, Heineken und anderen Befürwortern eines Europas der Regionen ging es vielmehr um eine möglichst effiziente Verwaltung, Bürgernähe und darum, den europatypischen Pluralismus auf engstem Raum zu erhalten. Heute erfahren diese Ideen ein ungeahntes Revival. Andreas Marquart, Vorstand des Ludwig von Mises Instituts Deutschland, und Philipp Bagus, Professor für Volkswirtschaft, führen in ihrem Buch "Wir schaffen das - alleine!" die Gedanken von Leopold Kohr konsequent fort. Die Argumente für mehr Subsidiarität und Kleinheit widersprechen zwar dem Zeitgeist, alles zentralisieren zu wollen, sind aber äußerst überzeugend. Historisch kann gezeigt werden, dass Kleinstaaten friedlicher und produktiver sind als ihre großen Pendanten.



Martin Holzmann

studiert

Forstwirtschaft, an der BOKU in Wien.

Geprägt durch Vordenker wie Paul Feyerabend und Leopold Kohr ist er davon überzeugt, dass mehr Freiheit für alle Probleme die beste Lösung darstellt. Seit 2018 ist er auch bei Students For Liberty aktiv.

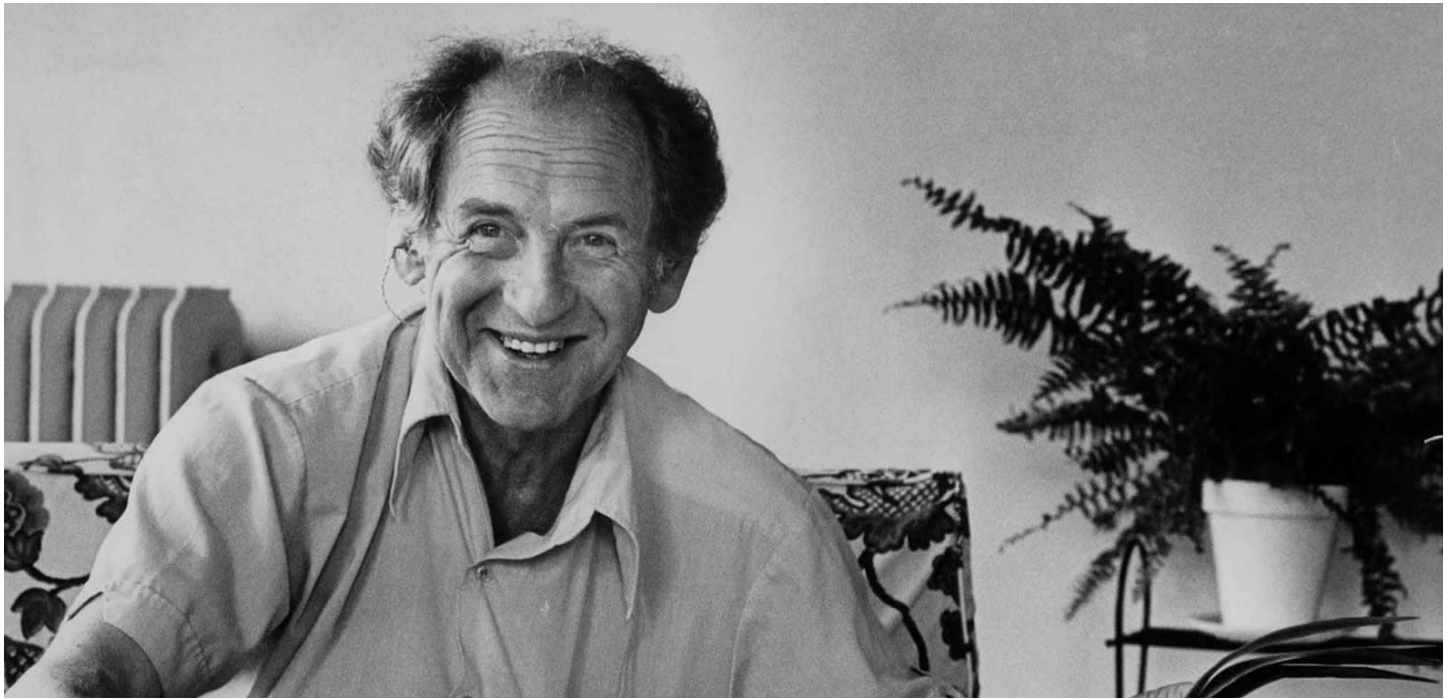
Masse an Menschen gleichzeitig in den Krieg zöge. Musterbeispiele für friedliche Kleinstaaten in Europa sind die Schweiz, Island oder auch Liechtenstein.

KULTUR UND FORSCHUNG

Kleinere politische Einheiten haben, Leopold Kohr zufolge, Vorteile bezüglich der Innovationsfähigkeit und kulturellen Reichhaltigkeit. Als Beispiele werden u.a. das zersplitterte Italien des späten Mittelalters und der Renaissance sowie die deutschen Kleinstaaten bis ins 19. Jahrhundert genannt. Sowohl kulturell als auch wissenschaftlich suchten beide Regionen weltweit ihresgleichen. Die italienischen Kleinstaaten brachten im Bereich der Wissenschaft Persönlichkeiten wie Galileo Galilei hervor und im Bereich der Kultur Größen wie Leonardo da Vinci, Michelangelo und Tizian. Im Gebiet des heutigen Deutschlands gab es eine Vielzahl an großen Philosophen (Kant, Schopenhauer, Hegel, Feuerbach), Künstlern (Dürer, Goethe, Schiller, Beethoven) und Wissenschaftlern (Kepler, Humboldt, Leibniz). Zurückzuführen sei das darauf, dass Kleinstaaten bessere Voraussetzungen für Kreativität und Muse bilden. Einerseits sind sie, ob der kleineren Staatsmacht, tendenziell freier, andererseits ist die Forschung in Großstaaten viel mehr auf Verwaltung und Größenmanagement ausgelegt, während in kleineren Gebilden mehr Wert auf Individualität gelegt wird. Die sogenannte "kulturelle Ableitung von Aggression" ist eine weitere Erklärung für dieses Phänomen. Da kleine Staaten zu schwach sind, um sich nennenswerte Armeen zu leisten, versuchen sie, ihre Nachbarstaaten durch kulturelle und/oder wissenschaftliche Leistungen zu übertrumpfen. Die Befriedigung einen anderen Staat kriegerisch besiegt zu haben, wird durch jene ersetzt, ihm kulturell, wissenschaftlich oder auch sportlich überlegen zu sein.

VIELFALT UND KONKURRENZ

Die Lebensqualität und der wirtschaftliche Wohlstand sind in kleineren Staaten ebenfalls größer. Einerseits werden kleinere Staaten zu mehr Innovationskraft gezwungen, da sie ihr Heil etwa nicht in der Massenproduktion finden werden. Sie können es sich nicht leisten, sich wirtschaftlich abzuschotten und sind auf freien Handel angewiesen. Die Lebensqualität steigt einerseits durch den daraus resultierenden Wohlstand und den bereits angesprochenen Frieden sowie andererseits durch die Tatsache, dass in einem schwachen Staat ein verhältnismäßig kleiner Bürokratieapparat notwendig ist und daher sind die Bürger in ihrer Freiheit oft weniger eingeschränkt. Zudem werden Gesetze viel näher vor Ort getroffen, was die Herrscher zu mehr Demut



erzieht. Es ist leicht Verbrechen an einer anonymen Masse, fernab der eigenen Residenz zu verüben. Schwieriger wird es, wenn es sich bei den Menschen nicht um eine anonyme Masse handelt, sondern es Personen aus der unmittelbaren Nachbarschaft sind. Bei mehreren Staaten, aber auch Regionen wie man am Beispiel der Schweizer Kantone sehen kann, gibt es auch mehr Konkurrenz untereinander. Das fördert die Wettbewerbsfähigkeit, drückt aber auch die Steuerlast nach unten und erhöht die Freiheit, da die Menschen in diesem Land viel mehr Auswahl haben, in ein anderes Land auszuwandern. Zieht also ein Land die Daumenschrauben zu eng, stimmen die Menschen mit ihren Füßen dagegen ab und wandern aus.

GRÖßENEFFEKTE

Weniger bekannt sind Kohrs Untersuchungen bezüglich der Größeneffekte im ökonomischen Bereich. Es ist eben nicht so, dass mehr Größe automatisch besser sei und Verwaltung einsparen würde. Tatsächlich sei das Gegenteil der Fall. Bei arithmetischer Steigung der Größe steigen die Verwaltungskosten gleichzeitig exponentiell. Ab einem gewissen Punkt wird die Größe also zum Problem, da die Verwaltung sich immer mehr aufbläht. Zusammenlegungen führen also nicht zu mehr Effizienz, sondern zu mehr Ineffizienz. Erschwerend kommt noch hinzu, dass die Großen unflexibler sind und auf Änderungen des Marktes schlechter reagieren können. Ein Unternehmen mit einer Million Mitarbeiter hat zwar durch diverse Skaleneffekte vor allem bei Massenproduktion gewisse Vorteile, wird aber zum Beispiel die Produktion langsamer umstellen können als ein kleineres Unternehmen mit wenigen Hundert Angestellten. Die Wirtschaft hat das übrigens längst erkannt. Vielfach haben große Konzerne ihr Unternehmen in mehrere Tochterfirmen aufgeteilt, jede davon mit weitgehender Souveränität. Lediglich in der Politik versucht man nach wie vor, alles zu vereinheitlichen und zusammenzulegen.

GROßE PROBLEME - KLEINE LÖSUNGEN

Die größten Probleme der heutigen Zeit sind, laut Kohr, niemals durch mehr Staat zu lösen, vielmehr sind sie erst dadurch entstanden. In einer kleinstrukturierten Welt gäbe es viele Probleme der heutigen Gesellschaft gar nicht. Die Euro-Krise hätte es ohne einen Euro gar nicht gegeben. Staaten sehen sich als Garanten für Frieden, sind aber selbst die Hauptverantwortlichen für Kriege. Die größten Umweltverschmutzer sind die Staaten selbst, die den Menschen nun einreden wollen, sie müssten noch mehr Macht an den Staat abgeben, damit dieser dieses Problem lösen kann. So werden zum Beispiel Ölheizungen in Österreich finanziell massiv gefördert. Staatliche Institutionen wie das Militär weisen oft verheerende ökologische Fußabdrücke auf. Hier überschneidet sich Kohr mit Ludwig von Mises' Ölflecktheorem, und dem sogenannten Kobra-Effekt (ein Problem entsteht bzw. verschlimmert sich dadurch, dass der Staat es lösen möchte).

KOHR'S AUSBLICK AUF DIE EU

Kohr erlebte die Beitrittsverhandlungen Österreichs zur EU noch mit und äußerte sich mehrmals skeptisch dazu. "Die Lösung der Probleme liegt nicht in der Vereinigung, sondern in der Aufteilung" oder: "Wenn Österreich der EG beitrifft, was erwarten wir uns davon? Die Knödel im Gulasch werden deswegen auch nicht doppelt so groß", meinte er in seiner bekannten humoristischen Art. Nichtsdestotrotz schildert Kohr auch wie eine Staatenunion funktionieren kann. Als Beispiele nimmt er dafür die Schweiz und die USA. Wichtig ist, dass die Länder darin ungefähr gleich mächtig sind, ansonsten würden nur die Großen dominieren, Regeln biegen und die eigenen Vorstellungen durchsetzen, was zu inneren Spannungen führen würde. Außerdem sei es wichtig, lediglich die großen Entscheidungen zentral zu treffen. Kleine Alltagsprozesse sollten dezentral gesteuert werden. Andernfalls würden die Menschen die Vereinigung mehr als Gängelung empfinden, denn als sinnvoll. Ausagen, die über drei Jahrzehnte alt sind, aber heute aktueller denn je erscheinen. ■

Interview mit Alvino-Mario Fantini

Alvino-Mario Fantini ist Chefredakteur des Online- und Printmediums The European Conservative und ist Europaredakteur für den University Bookman. Er hat als Autor, Redakteur und Redenschreiber für verschiedene internationale Organisationen in Asien, Europa und Amerika gearbeitet. Davor arbeitete er als Meinungsredakteur beim europäischen Wall Street Journal und als Spezialist für auswärtige Angelegenheiten bei der Weltbank.



PLL: Dieses Jahr wird von vielen als die "Schlacht um die Zukunft Europas" zwischen liberalen Föderalisten wie Emmanuel Macron und nationalistischen Populisten wie Matteo Salvini bezeichnet. Ist dieser Slogan etwas zu dramatisch, besonders für einen Kontinent auf dem es in der Vergangenheit zu viele echte Schlachten gegeben hat?

Ich denke, dass das eine treffende Bezeichnung für die Herausforderungen vor denen Europa steht, ist – vor allem in Hinblick auf die Europa-Wahlen im Mai. Dennoch ist es wichtig, klarzustellen, dass die Gräben in der EU nicht zwischen dem Osten und dem Westen oder dem Norden und dem Süden sowie zwischen religiösen Konservativen und säkularen Modernisierern verlaufen. Die Grenze scheint eher zwischen den etablierten Eliten im öffentlichen und privaten Sektor und dem durchschnittlichen Arbeiter, der neben wirtschaftlicher und politischer Freiheit, auch seine Gemeinschaft, Identität und Wurzeln bewahren möchte, zu verlaufen.

Mit anderen Worten kann der Kampf um die Zukunft von Europa als einer zwischen globalen Eliten – von dem politischen Theoretiker James Burnham managerial elites genannt – und Menschen, welche die Freiheit lieben und die Interessen dieser Eliten größtenteils nicht teilen, betrachtet werden. Dieser Kampf lässt sich interessanterweise über politische Grenzen und Parteien hinweg beobachten. Hierbei handelt es sich um ein erneutes Herinbrechen eines uralten Konflikts zwischen Knechtschaft und Freiheit – nur, dass sich die spezifischen Charakteristiken dieses Konflikts heute etwas unterscheiden.

Im Übrigen lässt sich feststellen, dass dieser Konflikt nicht nur auf Europa beschränkt ist, sondern in allen politischen Systemen mit einer ausufernden Bürokratie stattfindet. Oder wie es Nassim Nicholas Taleb treffend einschätzte: „ein globaler Aufstand gegen Pseudoexperten“.

PLL: Was sollten wir von den sogenannten Rechtspopulisten denken? Werden sie die Retter Europas oder die endgültigen Zerstörer davon sein?

Das ist schwer zu sagen. Die politischen Gruppen und Bewegungen auf der Linken und der Rechten unterscheiden sich in sehr vielen Aspekten. Als politisch Interessier-

ter finde ich diese Strömungen zwar alle interessant, vor allem aber bietet diese Vielfalt den Leuten wieder politische Alternativen, was ich begrüße. Das zeigt, dass sich die Menschen wieder mit fundamentalen Fragen der Politik auseinandersetzen – wie der Demokratie, der Repräsentation und der angemessenen Rolle des Staates. Zudem wird deutlich, dass die Menschen nicht länger mit dem Status Quo zufrieden sind, sondern aktiv werden wollen.

Die Herausforderung für uns der Mitte-Rechten - und ich sehe klassische Liberale und andere Dezentralisten als Teil dieser breiten Kategorie – besteht darin, den aktuellen politischen Diskurs zu prägen. Sozialistische Ideen dürfen als Antworten auf politische Probleme kein Comeback feiern.

Sozialistische Träume lauern immer hinter jeder Ecke und sind verlockend für die jungen Wähler. Unsere Verantwortung ist es also, die Menschen dahingehend aufzuklären, dass der beste Weg, Wohlstand zu kreieren und das Leben der Menschen zu verbessern, darin liegt, sie selbst zu ermächtigen, dies zu tun – normalerweise durch, zum Beispiel, Deregulierung, freien Wettbewerb und Subsidiarität – und ihnen Werte näherzubringen, die das unterstützen.

PLL: Was für eine Art von EU wollen Politiker wie Salvini, Orbán und Le Pen sehen?

Nach meinem Verständnis - auf Basis unterschiedlicher Aussagen dieser Politiker - scheinen sie vor allem zu dem Prinzip der nationalen Souveränität zurückkehren zu wollen. Letztlich wollen sie ein Europa sehen, in dem sich die politische Macht von Brüssel weg auf eine lokale Ebene zurückentwickelt. Dabei sehen sie die EU wohl eher als ein Europa der Nationen. Grundsätzlich kann ich nichts Falsches dabei erkennen – vor allem wenn man an die Steuerlast, die unendlich vielen Regularien und die Einschränkungen der Freiheit betrachtet, mit denen Europäer und Geschäftsleute heute überall in Europa leben müssen.

PLL: Es gibt heute sicherlich viele Meinungen zur nationalen Souveränität. Mal abgesehen von den schlechten Dingen, die Brüssel macht, wäre mehr Macht für nationale Regierungen dasselbe, nur auf einer niedrigeren Ebene?

Definitiv nein. Zentralisierte Macht – ob administrativ, ökonomisch oder finanziell – ist immer ein Nullsummenspiel. Es nützt der administrativen Klasse, doch hindert Nationen und Gesellschaften daran, zu beschließen, was das Beste für ihre Bürger ist. Zentralismus auf einer supranationalen Ebene, mit den dazugehörigen supranationalen Institutionen und der Bürokratie, unterscheidet sich noch einmal deutlich vom Zentralismus auf einer nationalen Ebene.

Es gibt leider die Tendenz, dass eine geordnete Wirtschaft zentral geregelt werden müsse, dabei wird aber das natürliche Limit solcher Regelungen ignoriert. Wie Friedrich Hayek feststellte, kann niemand alles Wissen darüber besitzen, welche Maßnahmen für eine funktionierende Wirtschaft relevant sind. Deshalb ist es nicht sinnvoll, eine zentrale Instanz einzuführen, die die Autorität über wirtschaftliche Entscheidungen besitzt. Aber genau das wird von Beamten, Planern und Experten von Brüssel und Paris nach Washington versucht.

PLL: Sollte es solchen Organisationen wie der EU nicht möglich sein, gegen Ungerechtigkeiten zu kämpfen, die von nationalen Regierungen

ausgehen - egal ob es die Abschaffung des Rechtsstaates in Ungarn oder Rumänien oder der Angriff auf die eigene Bevölkerung in Frankreich ist? Sollte es der EU nicht zumindest möglich sein, die Gelder zu kürzen, welche diese Länder aus dem EU-Budget erhalten?

Ich bin mir zwar nicht sicher, ob es fair ist zu sagen, dass Ungarn die Rechtsstaatlichkeit abschafft, aber Ihre Frage zielt wohl darauf ab, ob multilaterale Bürokratien Länder überwachen und kontrollieren sollten. Das würde ich ablehnen. Ich kann mir zwar Szenarien vorstellen, bei denen es im Einzelfall zwar sinnvoll sein mag, wenn bestimmte Länder eine temporäre Allianz als Antwort auf kollektive Probleme bilden. Die Lösungskompetenz zu solchen Problemen von supranationalen Organisationen wie der EU ist allerdings so mangelhaft, dass man die Frage stellen muss, ob man diese überhaupt braucht.

Ein weiterer, tiefer gehender Aspekt Ihrer Frage ist jedoch: Wer entscheidet darüber, welche Arten von Ungerechtigkeiten einen Eingriff benötigen? Dafür bräuchten wir Werte oder Prinzipien, die wir alle teilen. Leider hat sich die EU dazu entschieden, die letzten Jahrzehnte eine links-liberale, säkulare Agenda zu fördern – kombiniert mit dem Widerwille, explizit die religiösen Wurzeln Europas anzuerkennen – die im Widerspruch zu den religiösen oder kulturellen Traditionen mancher EU-Länder wie Ungarn steht. Ich glaube deshalb, dass die EU recht wählerisch und inkonstant in ihrer Auswahl, welche Ungerechtigkeiten eine Reaktion verdienen und welche nicht, ist. Ebenso sind die Maßstäbe, die die EU an ihre Mitglieder legt, recht speziell. Und ihr angeblicher Kampf gegen die Ungerechtigkeit scheint oft mehr von politischer Ideologie statt einem gesunden Sinn von richtig und falsch getrieben zu sein, mit Erpressung als bevorzugter Waffe. Deswegen stimmen so viele Leute dem ehemaligen tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus zu, wenn er sagt, die heutige EU würde ihn sehr an die Sowjetunion erinnern. In beiden Fällen gab es eine ideologische Komponente, die man nicht übersehen sollte.

PLL: Viele der heutigen Politiker aus dem rechten Spektrum, inklusive denen in Europa, wollen den Nationalismus neu erfinden. Hat der Nationalismus irgendwelche wertvollen Bestandteile?

[lacht] Das ist, als würde man jemanden fragen, ob er aufgehört hat, seinen Ehepartner zu schlagen: Das ist unmöglich zu beantworten. Wenn man ja sagt, gibt man zu, den Partner misshandelt zu haben. Wenn man nein sagt, ist das Resultat noch schlimmer. Wenn man die Frage an sich hinterfragen will, indem man die Grundannahme bestreitet, sieht es so aus, als wolle man der Frage ausweichen – und dann wirkt man automatisch schuldig!

Es existieren natürlich zahlreiche akademische Definitionen von Nationalismus, die ich allesamt als unzureichend empfinde. Viele weitere Betrachtungsweisen des Konzepts sind dank junger und spannender Wissenschaftler aus der ganzen Welt in den letzten Monaten aufgetreten. Ich persönlich allerdings halte es relativ allgemein und simpel und denke Nationalismus ist am besten beschrieben als wohlwollende Einstellung oder Haltung gegenüber der eigenen Gemeinschaft, dem eigenen Land oder der eigenen Gesellschaft, welche im Gegensatz zum Internationalismus oder globalen, universalistischen Abstraktionen steht.

Ohne Frage ist der Nationalismus in seinen verschiedenen Formen derzeit am Aufstieg. Das kann sowohl eine Gefahr als auch eine Chance

sein. Gefährlich wird der Nationalismus, wenn er von einer Ideologie, einem engen politischen Schema, getrieben ist. Dann ist er wie Gift für die „Politik der Besonnenheit“, in den Worten von Russell Kirk. Deswegen muss ich an dieser Stelle noch einmal betonen, dass wir — als klassische Liberale, als Konservative und als Männer und Frauen von Mitte-Rechts — eine Verantwortung haben und sicherstellen müssen, dass die nationalistischen Impulse von heute durch die Ideen und Prinzipien, die den Westen in den letzten Jahrtausenden so viel erreichen haben lassen, nutzbar gemacht und davon geleitet werden.

PLL: Ist der Nationalismus von heute — propagiert von Steve Bannon zum Beispiel — nicht einfach nur wirtschaftlicher Protektionismus, welcher hinter dem Schleier der Gemeinschaft versteckt ist, doch schließlich eben jener nationalen Gemeinschaft schaden würde? Wie kann es beispielsweise „America First“ sein, es schwieriger für Amerikaner zu machen, Produkte aus dem Ausland zu kaufen?

Ich glaube zur Person Steve Bannon wird eine Menge Unsinn geredet — ich persönlich finde er ist einer der interessantesten Menschen unserer Zeit. Auch wenn ich denke, dass viele seiner Ansichten sich abhängig von den aktuellen Umständen ändern können, hat er einige grundlegende Standpunkte, die gewöhnlich falsch dargestellt werden — und die Presse verbreitet dann viel davon.

Ich verweise dabei gerne auf Bannons Rede, die er 2014 während einer Konferenz im Vatikan, an der ich teilgenommen habe, gehalten hat. Er sprach dabei wortgewandt über drei Formen des Kapitalismus, und beschrieb zuerst die Entwicklung und die Verbreitung der Form

des Kapitalismus, die informiert und aufgeklärt war von den moralischen und geistigen Grundwerten der kulturellen Synthese, die wir „westliche Zivilisation“ nennen. Genau diese Form hat Wohlstand, Innovation und das menschliche Aufblühen unterstützt und gefördert. Aber Bannon sprach auch von den zwei jüngeren Formen des Kapitalismus, welche beide weit von diesen moralischen Grundwerten abgerückt waren. Die eine ist der korrupte, repressive, staatlich gesponserte Kapitalismus in China und Russland. Diese Form des Kapitalismus, sagte Bannon damals, ist nur damit beschäftigt, Wohlstand für eine „sehr kleine Gruppe an Menschen“ zu schaffen. Die andere Form nannte er dann die „Ayn Rand, oder objektivistische Schule“, die man, würde ich sagen, als übertriebene und verzerrte Variante ansehen kann — eine Form, die von ihrem originalen Ankerplatz, könnte man sagen, weggebrochen ist und so von den „menschlichen Werten“, die sie erhalten hatten, weggerückt ist. Man denke nur als Beispiel an Wilhelm Röpke und seiner Betonung auf „das geistige Erbe der klassischen und christlichen Tradition“. Ich denke es ist wichtig, diesem differenzierten Ansatz in Hinblick auf den globalen Kapitalismus Beachtung zu schenken, wenn man versucht, Bannons Herangehensweise an die Weltwirtschaft und populistischen Nationalismus zu verstehen. Natürlich bietet er genug Material für eine rege Debatte, aber ich denke, dass die Einwände gegen Bannons Argumente unberechtigter erscheinen, sobald man erkennt, dass wir tatsächlich in einer Welt leben, in der sich die neueren beiden Formen des Kapitalismus durchgesetzt haben. Und dass dadurch Menschen versachlicht, zu Waren gemacht und menschliche Beziehungen instrumentalisiert wurden. Das ist meiner Meinung nach sicherlich nicht die Welt, die sowohl humane klassische Liberale als auch libertäre

Das Interview führte Kai Weiß.

Lukas

Buchempfehlung

Die Identitätsfalle: Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt — Amartya Sen

Der indische Ökonom, Philosoph und Nobelpreisträger schlägt in seinem Werk von 2006/2007 vor, den Menschen als Mitglied in einer Vielzahl von Gruppen zu verstehen. Wir sind nicht einfach nur Engländer oder Muslim, sondern auch Fußballspieler, Vegetarier, Schriftsteller oder Elternteil. Deshalb sollte das Individuum im Zentrum unserer politischen Überlegungen und Handlungen stehen — nur so können wir es vermeiden, uns in einer gespaltenen Gesellschaft wiederzufinden. Damit stellt er sich gegen einen kulturellen Determinismus von kommunitarischen Denkern, deren Reaktionen auf die Herausforderungen von pluralen Gesellschaften aus nationalistischer, konservativ-religiöser oder multikultureller Politik besteht. Prägend sind für Sen dabei die gewaltsamen Konflikte zwischen Hindus und Muslime in seiner Heimat — seinen ersten Mord erlebte er mit 11 Jahren.

Wer auf der Suche nach Antworten auf politische Probleme der Einwanderung aus einer liberalen Perspektive ist, findet diese in der kurzweiligen Analyse von Sen.



Eine Alternative zur EU

Die meisten Personen sind dezidiert für eine europäische Einigung, die den Frieden auf unserem Kontinent sichern und den wirtschaftlichen Wohlstand mittels offener Märkte fördern will. Die Europäische Union wird jedoch vielfach als eine Fehlkonstruktion angesehen, die zwar Gutes will, dies aber nicht erreicht.

Es kann nicht behauptet werden, die EU sei eine kühne neue Staatsform. Sie kann wohl kaum als Vorbild für das 21. Jahrhundert angesehen werden. Die dauernden Klagen über das Demokratiedefizit, den unnötigen Bürokratismus und die unzureichende Berücksichtigung regionaler und lokaler Anliegen und Besonderheiten sprechen eine deutliche Sprache.

Aus diesen Gründen ist die Europäische Union heute stärker umstritten denn je. Der Austritt des Vereinigten Königreiches ist ein deutliches Zeichen einer tiefen Unzufriedenheit nicht nur in jenem Land. In den letzten Jahren sind die gegensätzlichen Auffassungen der einzelnen Länder nicht etwa kleiner geworden, sondern haben sich akzentuiert.

Das größte Problem angesichts der bestehenden Situation der Europäischen Union liegt darin, dass *keine andere Lösung gesehen wird*. So hat zum Beispiel Kanzlerin Merkel verschiedentlich verkündet: „Es gibt keine Alternative zur EU und zum Euro“. Deshalb – so wird argumentiert – sei mit dem europäischen Einigungsprozess im Rahmen der EU fortzufahren. Dessen Probleme würden sich schon irgendwie in der Zukunft lösen. Einige wenige Politiker wollen die EU abschaffen und zu einem System völlig unabhängig handelnder Nationalstaaten zurückkehren. Europa hat jedoch im letzten Jahrhundert schlimme Erfahrungen mit Nationalstaaten gemacht. Die zwei Weltkriege waren verheerende Ereignisse. Entsprechend scheint die Europäische Union als alternativlos.

Es gibt jedoch eine andere Möglichkeit zu einer europäischen Einigung. Die Grundidee ist, gemeinsam die auf unserem Kontinent bestehenden Aufgaben anzugehen, indem entsprechende *problemorientierte politische Körperschaften* gegründet werden. Dies muss von unten geschehen, eben dort, wo die Probleme auftreten. Der Impetus für eine Zusammenarbeit liegt darin, konkrete Formen zu entwickeln, wie grenzüberschreitend politische, soziale und vor allem auch wirtschaftliche Aufgaben gelöst werden können.

Dieser Ansatz steht in scharfem Gegensatz zu den heutigen Einigungsbemühungen, die weitgehend von oben verordnet und in denen die Nationen die einzigen Akteure sind. Diese Dominanz der herkömmlichen Nationalstaaten wird besonders deutlich, wenn die Einwohner einer Region sich überlegen, ob sie innerhalb Europas selbständig werden wollen, wie dies zum Beispiel in Katalonien und Schottland der Fall ist. Die Europäische Union steht diesen Entwicklungen hilflos gegenüber – oder versucht gar, sie zu unterdrücken.

Hier wird deshalb ein völlig anderer Weg vorgeschlagen. Die unbestreitbaren Vorteile eines europäischen Zusammenschlusses sollen mit den fundamentalen Vorteilen von *Demokratie* und *Dezentralisierung* (Föderalismus) verbunden werden. Die vier wirtschaftlichen Freiheiten sollen mit einer fünften, *politischen Freiheit* ergänzt werden, sogenannten „FOCJ“ (von „*Functional, Overlapping, and Competing Jurisdictions*“). Diese Einheiten spezialisieren sich auf die Erfüllung einer oder einzelner Funktionen; sie können sich gegenseitig überlappen; in ihnen herrscht demokratischer Wettbewerb und zwischen ihnen föderalistischer Wettbewerb; und zur Erfüllung ihrer Aufgaben können sie eigene Steuern erheben.

Die Bürgerinnen und Bürger in Gemeinden und anderen Gliedstaaten sollten zur Bewältigung von gemeinsamen Aufgaben neue politische Einheiten bilden können. Diese staatlichen Körperschaften weisen je nach Aufgabengebiet eine unterschiedliche Größe auf. Bei lokalen Problemen können sie durch Vereinbarungen einzelner Gemeinden gegründet werden. So gibt es bereits heute Schul-, Kirchen-, Feuerwehr- oder Spitalgemeinden. Ebenso gibt es viele Zweckorganisationen, welche die nationalen Grenzen überschreiten. Dazu zählen etwa Vereinbarungen im Rahmen der Bewirtschaftung des Rheins oder des Bodensees, an denen jeweils Organisationen von vielen Ländern beteiligt sind. Viele dieser problemorientierten politischen Körperschaften werden verschiedene Länder umfassen, wie etwa zur militärischen Verteidigung oder zur Sicherung des Freihandels. Sie sollten demokratisch organisiert sein und ihre eigenen Steuern erheben, um damit ihre spezifischen Aufgaben zu erfüllen. Die Bürgerinnen und Bürger erfahren damit, wofür ihre Steuermittel verwendet werden und ob dies in einer sinnvollen Weise geschieht.

Die Initiative zur Gründung solcher FOCJ, der problemorientierten politischen Körperschaften, muss von den Gemeinden oder Regionen erfolgen. Damit entsteht ein



Bruno S. Frey

ist ständiger Gastprofessor an der Universität Basel und Forschungsdirektor von CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts in Zürich. Er war vorher Professor an den Universitäten Konstanz, Zürich, Chicago, Warwick und Friedrichshafen.

Bildcredit CC-by-SA · Hannes Rost

Prozess der europäischen Einigung, der tatsächlich bestehende Probleme angeht, demokratisch und dynamisch ist. Das sich überlappende Geflecht von politischen Körperschaften überschreitet die herkömmlichen nationalen Grenzen. Damit entsteht ein *Europa der Vielfalt* – was am besten der Natur unseres Kontinents entspricht.

Eine auf diese Art erfolgende europäische Einigung von unten hat gegenüber der starren und wenig demokratischen Europäischen Union verschiedene Vorteile. Zur Entwicklung dieser neuen politischen Körperschaften braucht es keine langwierigen Konferenzen, bürgerferne Verfassungsverträge oder die Akzeptanz des rund 85,000 Seiten umfassenden „acquis communautaire“. Vielmehr können sie von allen untergeordneten politischen Körperschaften unmittelbar gegründet werden. Sie vermögen die in Europa bestehenden Probleme schrittweise anzugehen. So entfällt zum Beispiel die grundsätzliche und unfruchtbare Diskussion, ob die Schweiz oder die Türkei ein Mitglied der EU werden kann/will oder nicht. Sie kann vielmehr dank den vorgeschlagenen neuen Körperschaften teilweise und schrittweise in Europa integriert werden. In den Bereichen, in denen eine Zusammenarbeit möglich ist – etwa hinsichtlich Wirtschaft und Sport – können und sollen von den direkt Beteiligten entsprechende FOCJ gegründet werden. Das gleiche gilt zum Beispiel auch für die maghrebinischen Länder. Wiederum geht es nicht darum, ob etwa Tunesien ganz und gar im europäischen „Staat“ aufgenommen werden sollte. Vielmehr sollen in denjenigen Problembereichen, in denen europäische Gemeinden und Regionen ebenfalls Interesse an einer konstitutionell vereinbarten Zusammenarbeit haben, entsprechende politische Körperschaften gegründet werden. Eine politisch riskante Entweder/Oder-Entscheidung wird damit vermieden.

Die vorgeschlagenen FOCJ oder problemorientierte politische Körperschaften können als eine grundlegende Weiterentwicklung eines „Europas unterschiedlicher Geschwindigkeiten“ oder eines „Europas von Kern- und assoziierten Ländern“ angesehen werden. Der wesentliche Unterschied ist jedoch, dass es keine von oben verordnete Integration ist, sondern ein von unten entstehendes, konstitutionell vereinbartes Geflecht einer Vielzahl staatlicher Körperschaften. Es gibt bereits eine ganze Palette von Mitgliedschaften in Europa wie Zollunion, EFTA, Eurozone, Schengenraum oder EWR. Die problemorientierten politischen Körperschaften sind eine neue Art des Föderalismus jenseits historischer Grenzen, sind an konkreten Fragestellungen orientiert und nicht auf ein Territorium mit einem Monopolanspruch fixiert.

Die hier vorgeschlagene neue Form der europäischen Einigung wird bei EU-Politikern und Bürokraten auf entschiedenen Widerstand stoßen. Sie haben viel zu verlieren, wenn die europäische Einigung ihrem Einfluss entgleitet und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Selbständigkeit zugestanden wird. Manche Personen mögen auch befürchten, dass die Zahl problemorientierter politischer Einheiten zu groß wird und ein Chaos entsteht. Dagegen spricht allerdings die in der digitalen Welt rasch zunehmende Fähigkeit, sich gegenseitig zu informieren und zu koordinieren. Hinzu kommt, dass sich die neu entstehenden grenzüberschreitenden politischen Körperschaften allmählich entwickeln. Der hier vorgeschlagene neue Pfad der europäischen Einigung braucht keine großartigen politischen Einigungskonferenzen oder Konvente. Die bisherigen Nationalstaaten müssen zulassen, dass sich problemorientierte politische Körperschaften innerhalb eines vorgegebenen konstitutionellen Rahmens formen und Steuerhoheit für ihre eigenen Aufgaben erhalten. ■

Überarbeitete und erweiterte Version eines Aufsatzes, der unter dem Titel „Es gibt eine Alternative zur EU“ am 17. Oktober 2016 in der Neuen Zürcher Zeitung, Meinung & Debatte, p 8, veröffentlicht wurde.



Der Euro: Eine Fehlkonstruktion im Namen einer guten Idee

Die Währungsunion und die dazugehörige Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zu kritisieren, ist heutzutage oftmals nur EU-Gegnern überlassen. Unter EU-Befürwortern hat man das Gefühl, dass man - überspitzt gesagt - beim Ansatz jeder Kritik bereits mit Fackeln und Mistgabeln aus dem Dorf getrieben wird. Jedoch ist es wichtig und richtig, die Maßnahmen der EU beziehungsweise der EZB zu hinterfragen und gegebenenfalls Verbesserungen vorzuschlagen. Geblendet vom EU-Fanatismus zu sein, ist genauso wenig zielführend wie die EU am liebsten morgen zerschlagen zu wollen. Die Union vieler europäischen Staaten hat uns nicht nur die vier Grundfreiheiten gebracht, die meine Generation heutzutage für selbstverständlich ansieht, sondern auch die längste Friedensperiode in Westeuropa. Alleine diese Vorteile sind Grund genug, für die EU einzustehen. Zusätzlich dazu kam allerdings eine Welle der Zentralisierung, durch die die Idee einer Fiskal- oder sogar Sozialunion immer stärker zu werden scheint.

LERNEN AUS GESCHEITERTEN EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSUNIONEN

Die Idee einer gemeinsamen europäischen Währungsunion ist keine neue. Besonders im 19. und 20. Jahrhundert gab es immer wieder derartige Zusammenschlüsse. Die Skandinavische Währungsunion und die Lateinische Münzunion zwischen Ländern wie Belgien, Frankreich, Italien und Griechenland - und Venezuela ironischerweise - sind nur zwei Beispiele. Ein Unterschied zum heutigen Fiatgeld ist, dass diese Währungsunionen wie damals üblich auf Edelmetallstandards basierten. Die Bürger konnten daher im Gegensatz zu heute jederzeit ihre Banknoten in Gold oder Silber eintauschen. Dieser Garant ist gegenwärtig nicht mehr gegeben, was bedeutet, dass das Vertrauen in den Wert der Währung rein auf einem Stück Papier (oder im Fall von Euronoten: Baumwolle) basiert.

Die meisten dieser Währungsunionen scheiterten aus zwei bestimmten Gründen. Der erste ist der Ausbruch von Kriegen, insbesondere der Erste Weltkrieg. Nun kann man argumentieren, dass dies durch den Frieden in der EU kein Argument gegen eine Währungsunion sei. Doch die Skandinavische Währungsunion musste trotz fehlender Mitwirkung ihrer Mitgliedsstaaten (Dänemark, Schweden und Norwegen) im Krieg die Währungsunion auflösen. Das bedeutet, dass, nur weil wir in Europa Frieden genießen, unsere Währungsunion bei Ausbruch eines Kriegs in einem benachbarten Staat oder in einem Staat, der einen wichtigen Handelspartner darstellt, diesen keineswegs unbeschadet überstehen muss.

Der zweite Grund löst ein Déjà-vu aus: Schon bald nachdem die Lateinische Münzunion ratifiziert war, begann Italien und bald danach auch Griechenland den Umtausch der Geldnoten in Gold zu verbieten. Die Hauptprobleme waren die hohen Schulden der Staaten, die daraus resultierende Volatilität der Wirtschaft und das starke Geldmengenwachstum. Ähnliches passierte in der Skandinavischen Münzunion während des Ersten Weltkriegs. Damals führte das aus dem Krieg resultierende unterschiedlich hohe Wirtschaftswachstum der skandinavischen Länder zusätzlich zum Ergebnis, dass viele Staaten den Umtausch ihrer eigenen Banknoten in Gold ausgesetzt hatten. Schließlich scheiterte die Skandinavische Währungsunion.

Es ist offensichtlich: unterschiedlich hohes Wirtschaftswachstum und Staatsschulden führen zu einem Ungleichgewicht, das der Währungsunion ein Ende setzt. Auch heute haben wir durch die enormen Unterschiede zwischen den nördlichen und südlichen EU-Staaten ähnliche Probleme. Gut wirtschaftende Staaten müssen schlechte mitziehen, um die Währungsunion zu erhalten.

WIE EIN MITGLIEDSTAAT FÜR ALLE ANDEREN ZAHLT

Target2 ist das Zahlungsverkehrssystem der Eurozone. Da die nationalen Zentralbanken immer noch bestehen, werden Zahlungen über diese abgewickelt. Dies bedeutet, dass, wenn zum Beispiel ein italienisches Unternehmen bei einem Deutschen einkauft, die Forderung dieses deutschen Unternehmens den Target-Saldo der Deutschen Bundesbank beziehungsweise die Verbindlichkeit der italienischen Nationalbank Banca d'Italia erhöht. Ebendiese Forderungen der Bundesbank steigen mittlerweile in exorbitante Höhen, wie Ökonomen wie Hans-Werner Sinn regelmäßig betonen. Besonders die Verbindlichkeiten von Italien und Spanien bewegen sich heute in die entgegengesetzte Richtung zu Deutschland.

Seit Anfang 2015 sind diese Verbindlichkeiten nur noch weiter ins Unermessliche gestiegen. Grund dafür ist das Anleihenkaufprogramm der Eurozone. Da viele Geschäftsbanken, bei denen diese Wertpapiere gekauft werden, in Deutschland angesiedelt sind oder aus verschiedensten Gründen ihr Target2-Konto bei der Bundesbank haben, steigen beim Kauf von Wertpapieren durch die Banca d'Italia erst recht die Verbindlichkeiten und die dazugehörigen Forderungen bei der Bundesbank.

Problematisch wird die Höhe der Target-Salden dann, wenn ein Staat aus dem Euro austritt. Es gibt weder ein Limit der anzuhaufenden Salden noch eine rechtliche Regelung, was getan wird, wenn ein Staat aus dem Euro austritt. Einzig das



Heike Lehner ist Assistenzredakteurin bei Speak Freely, dem europäischen Blog von European Students for Liberty. Zurzeit studiert sie an der Universität St. Gallen im Masterprogramm „Quantitative Economics and Finance.“



Versprechen des gegenwärtigen EZB-Präsidentens Mario Draghi, dass die Schulden in solch einem Fall getilgt werden müssen, lässt hoffen. Aber ein Versprechen ist eben nur ein Versprechen, insbesondere wenn man sieht, dass die Banca d'Italia zum jetzigen Zeitpunkt gar nicht die notwendigen Mittel hat, um alle ihre Verbindlichkeiten gegenüber der Bundesbank auszugleichen.

Das Zahlungsverkehrssystem der Eurozone hätte auch anders gelöst werden können, damit keine Kreditbeziehung zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten entsteht. Bei einer Forderung hätten sie beispielsweise Vermögenstitel als Besicherung von Italien an Deutschland übertragen können.

Die Sowjetunion hatte im Übrigen ein ähnliches System, wobei Tadschikistan Verbindlichkeiten im Wert von ungefähr 80 Prozent seines damaligen BIPs gegenüber Russland aufgebaut hatte. Diese Verbindlichkeiten wurden nie zurückgezahlt.

ZENTRALBANKPOLITIK DER EZB

Ein Geldschöpfungsmonopol durch eine Zentralbank ist an sich nicht weit von kommunistischen Träumereien entfernt. Karl Marx hat 1848 schon in seinem 10-Punkte-Plan eine Zentralbank gefordert. Zu lockere Zentralbankpolitik gefolgt von zu restriktiver hat nicht nur die letzte Wirtschaftskrise hervorgerufen. Indem man versucht, den Zins, der eigentlich durch die Zeit- und Risikopräferenz der Individuen entsteht, zentral festzulegen, entstehen ungemein hohe Marktverzerrungen.

Für die aktuelle Situation müssen wir uns außerdem Gedanken darüber machen, dass die Zentralbank der USA, die Federal Reserve, bereits seit längerem die Zinsen anhebt. Die Wirtschaft in den USA hat sich von der letzten Finanzkrise 2008 bereits erholt, während wir in der EU aufgrund der Staats- und Schuldenkrise nach 2008 noch mit den Ausläufern zu kämpfen haben. Diese Krisen hatten das jetzige EZB-Direktorium dazu veranlasst, unkonventionelle Maßnahmen einzuführen (wie zum Beispiel das oben erwähnte Anleihekaufprogramm) und die Zinsen enorm niedrig zu halten. Bis dato ist noch kein Anstieg der Zinsen in Sicht.

Eine zu lockere Geldpolitik (also zu niedrige Zinsen) gefolgt von einer zu restriktiven (zu hohe Zinsen) führt zur Blasenbildung und schlussendlich zu einer Krise. Da die USA die Zinsen immer weiter erhöhen werden, kann es gut sein, dass auf der anderen Seite des Atlantiks

die nächste Krise bald ausbrechen wird. Sollte die EZB bis dahin ihre Geldpolitik nicht weiter normalisiert haben, fehlen ihr weitere Instrumente, um die Geldpolitik noch mehr zu lockern. Sollte uns die nächste Krise treffen - und das wird sie - kann man nur gespannt sein und hoffen, dass die EU sich bis dahin signifikant erholt hat.

Abschließend lässt sich festhalten, dass viele Aspekte der Währungsunion und der Zentralbankpolitik noch nicht ausgereift waren, als sie umgesetzt wurden. Die nächste Krise wird uns zeigen, wie widerstandsfähig die Währungsunion tatsächlich ist, ob Deutschland weiterhin den Großteil der Last tragen wird und ob wir es uns leisten können, das heutige Zentralbankensystem aufrechtzuerhalten. ■

Für ein Europa der Regionen

Für die einen ist die Europäische Union eine Art genetisch veränderter Super-Leviathan, dessen Lebenszweck darin besteht, Stück für Stück jede Freiheit der Bürger aufzufressen, um sie im großen Brüsseler Stoffwechsel in Herrschaftsinstrumente machtbessener Bürokraten zu verwandeln. Für die anderen ist die EU der Garant für den Anbruch des Goldenen Zeitalters, nach dem sich die Menschen aller Länder und Zeiten stets gesehnt haben: die Auflösung all unserer Probleme in einer Gemeinschaft wohlwollender und zivilisierter Menschen (... die sich dadurch abgrenzen von den Barbaren im chinesischen Osten und amerikanischen Westen).

Liest man die Äußerungen der Gegner und Apologeten der EU, wird man erkennen: Obige Skizze ist nur marginal überspitzt. Tatsächlich knüpfen sich heftigste Emotionen, Angst und Hoffnung an dieses eigentlich wenig glamouröse Projekt. Bei genauerem Hinsehen stellt man nämlich fest, dass es sich bei der EU in vielerlei Hinsicht um staubtrockene Maßnahmen und hochtechnische Institutionen handelt. Es geht darum, gemeinsam Dinge zu organisieren, wobei man versucht, so viel Nutzen zu stiften, dass der Einspruch gegen eine Maßnahme nicht zu heftig ausfällt. Und all das in einem Umfeld, in dem die Politiker der Mitgliedstaaten, große Unternehmen und Bürokraten um jeden Krümel des Kuchens streiten.

Ganz ehrlich: große Pläne sind unter solchen Umständen zum Scheitern verurteilt. 27 Staaten wie Rumänien, Schweden, Portugal, Luxemburg und Ungarn dazu zu bringen, einen europäischen Bundesstaat zu formen, ist wahrscheinlich ein Ding der Unmöglichkeit. Das bedeutet freilich nicht, dass nicht viele der Maßnahmen in der EU, die in Richtung Vergemeinschaftung laufen, trotzdem sehr gefährlich sein können. Das unüberschaubare Kuddelmuddel aus Regulierungen und Kompetenzen, das mittlerweile bei der EU zu finden ist, gefährdet nachhaltig das friedliche Miteinander und den Wohlstand für alle.

Die große Auseinandersetzung liegt deshalb nicht in der Endschlacht zwischen den Verteidigern nationalstaatlicher Souveränität und den Vorkämpfern einer bundesstaatlichen EU. Eigentlich muss es darum gehen, das großartige historische Erbe dieses Kontinents zu bewahren, das ihn zu einem weltweit sichtbaren Leuchtturm von Freiheit, Innovation und Lebensqualität gemacht hat, der seinesgleichen sucht. Das Fundament dieses Leuchtturms bildet das Prinzip der Vielfalt. Oder mit den Worten Wilhelm von Humboldts:

„Gerade die aus der Vereinigung mehrerer entstehende Mannigfaltigkeit ist das höchste Gut, welches die Gesellschaft gibt, und diese Mannigfaltigkeit geht gewiss immer in dem Grade der Einmischung des Staats verloren.“

Viele Gegner der EU verkennen, dass das ganze Elend, das sie zum Teil zurecht beklagen, seinen Anfang bereits im 19. Jahrhundert genommen hat. Denn die allerlängste Zeit in der Geschichte Europas war der Zentralstaat nicht das beherrschende Modell. Selbst die großen europäischen Reiche vom römischen über das deutsche bis hin zum britischen Empire waren meist bestrebt, Zentralisierung zu vermeiden und eine Vielfalt von Kulturen, Traditionen und Lebensweisen zu garantieren. Duldung und Toleranz waren zentral für deren Zusammenhalt. Und die unterschiedlichen Lösungen, die etwa die Kleinstaaten des deutschen Reiches ausprobierten, führten zu einem Lernprozess durch den Wettbewerb der Systeme.

Erst mit dem Aufkommen des Konzepts der Nationalstaatlichkeit nahm das zentralstaatliche Modell in Europa richtig an Fahrt auf. Armeen und Sozialsysteme waren die Kernelemente der Nationen. So konnte das große Wir der Nation gegen äußere Bedrohungen zusammenstehen und nach innen das große Wir der Volksgemeinschaft füreinander sorgen. Wer eine Nation schmieden will, tut das am besten in der Esse dieser beiden Ängste: vor übelwollenden Fremden und vor Not und Armut.

Armeen und Sozialsysteme bedürfen zentraler Organisation. Und es ist kein Wunder, dass gerade diese zwei Bereiche in der Debatte über die Zukunft der EU eine Schlüsselrolle spielen. Wer Zentralismus vermeiden will, muss besonders am Ast des Nationalstaats sägen. Wer sich über Brüssel ärgert, sollte nicht als Parole ausgeben „Mehr Macht nach London, Budapest oder Rom!“ Die teilweise oder vollständige Rückkehr zur nationalen Souveränität, wie sie Skeptiker und Gegner der EU fordern, ist nämlich nichts anderes als das, was die Bundesstaats-Freunde auf einer etwas größeren Ebene tun.

Zur DNA des Wunders Europa gehören wesentlich Elemente wie Vielfalt und Flexibilität, Wettbewerb und Kooperation. Und darum muss die Zukunft Europas auf Subsidiarität aufbauen. So steht es auch prinzipiell im Vertrag von Lissabon:

„Nach dem Subsidiaritätsprinzip wird die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind.“

Der Haken bei der ganzen Sache ist allerdings die in diesem Text vorgenommene Reihenfolge. Denn während der Ver-



Clemens Schneider,
geboren 1980,
promoviert über den
englischen Historiker
Lord Acton und
dessen
Freiheitsverständnis.
Er ist Mitbegründer
des Think-Tanks
Prometheus – Das
Freiheitsinstitut und
des Blogs offene-
grenzen.net.

trag die EU (zumindest auf dem Papier) dazu verpflichtet, sich zu rechtfertigen, wenn sie und nicht das Mitgliedsland tätig wird, heißt es weiter: „weder auf zentraler noch auf regionaler noch auf lokaler Ebene“. Dekliniert man das Subsidiaritätsprinzip richtig durch, müsste die Reihenfolge umgekehrt sein. Die vielen unterschiedlichen Lösungen, die dadurch entstehen, ermöglichen Wettbewerb und Austausch von „best practice“-Beispielen. Schlechte Ideen wirken sich nur auf einen kleinen Kreis aus und gute können übernommen werden. Und meistens wissen die Menschen vor Ort sehr viel besser, was sie brauchen als Politiker und Bürokraten in fernen Hauptstädten. Die eigentliche freiheitliche Antwort auf die Zukunft der EU muss deshalb lauten: Zerschlagt den Nationalstaat. Die Stärke Europas lag historisch stets in den kleinen Einheiten — den Städten Flanderns und Italiens, den Fürstentümern Deutschlands, den Kantonen der Schweiz.

Eine EU des 21. Jahrhunderts müsste aus möglichst vielen kleinen Einheiten bestehen, denen möglichst große Kompetenzen zugestanden werden. Entscheidend für das Gelingen dieses Konzepts ist, dass die Einheiten eine überschaubare Größe haben. Verantwortlichkeiten müssen klar geregelt sein, Konsequenzen aus politischen Entscheidungen klar zuzuordnen und für die Betroffenen spürbar. Bei solchen Größen kennt man sich zwar nicht mehr persönlich, aber man teilt doch ähnliche Lebenswelten und kann den Nutzen oder Schaden von Entscheidungen noch verhältnismäßig gut übersehen. Hier ist das Einfallstor noch schmal für eine Umverteilung, die lauter Sonderinteressen bedient. Hier ist die Kontrolle von Politikern noch relativ leicht durchzuführen, einschließlich der Möglichkeiten, auf sie Druck auszuüben.

Viele europäische Staaten sind eigentlich zu groß, um diese Kriterien zu erfüllen. Ideal sind Länder von der Größe Sloweniens, Litauens oder Finnlands, die 2 bis 6 Millionen Menschen umfassen, und einen verhältnismäßig homogenen Kulturraum bilden. Die meisten größeren Staaten sind freilich in Regionen aufgeteilt, die solchen Kriterien entsprechen: Der Regierungsbezirk Düsseldorf ist etwa so groß wie Irland, Katalonien hat etwas mehr Einwohner als Bulgarien und die Lombardei ist etwas bevölkerungsreicher als Schweden.

Eine langfristige Perspektive für die EU muss ein Europa der Regionen sein, nicht der großen Nationalstaaten. Im Sinne echter Subsidiarität müsste nicht nur Brüssel auf manche Kompetenz verzichten, sondern insbesondere auch Paris, Warschau und Madrid. In einem Europa der Regionen würde den kleinen Einheiten ein möglichst hohes Maß an Eigenständigkeit zugestanden. Alle anderen Hoheitsrechte würden hingegen auf jene Einheiten übertragen, wo sie der Bürger real kontrollieren und bestimmen könnte. In vielen Fällen muss es also nicht heißen: zurück zum Nationalstaat, sondern zurück nach Hessen oder Hamburg statt nach Berlin; nach Siebenbürgen statt nach Bukarest; nach Mähren statt nach Prag.

Wir brauchen eine Europäische Union, in der kleine Einheiten (z.B. Regionen wie Bayern, Wallonien oder Masowien) über ein hohes Maß an Haushalts- und Gesetzgebungskompetenz verfügen. Wo sie um die besseren Lösungen mit unterschiedlichen Steuersätzen, unterschiedlichen Regulierungsformen und unterschiedlichen Formen der Bürgerbeteiligung konkurrieren. Wir brauchen eine EU, die nicht nach dem Prinzip „one size fits all“ organisiert ist, sondern es kleinen Einheiten ermög-

licht, Lösungen zu finden, die ihrer spezifischen Situation entsprechen. Wo sie je nach Bedarf und Fähigkeiten verschiedenen Clubs, d. h. Gruppierungen und Abkommen, beitreten können. Die Eurozone und das Schengener Abkommen haben bewiesen, dass dies funktioniert. Warum sollte man nicht die Möglichkeit, verschiedenen Vereinbarungen und Clubs beizutreten, auf einen weitaus größeren Umfang ausdehnen?

Diese Vielfalt an unterschiedlichen Vereinbarungen ist in der europäischen Geschichte nicht unbekannt. So arbeitete beispielsweise die Hanse, zeitweise der mächtigste Wirtschaftsakteur des Kontinents, auf diese Weise. Die Entscheidungen wurden im Konsens getroffen, waren aber erst nach Genehmigung durch den jeweiligen Stadtrat rechtsverbindlich. In ihrer Urbanität, Offenheit und Handelsorientierung waren die Städte der Hanse Vorläufer unserer modernen Welt. Ihre Organisations- und Kooperationsmöglichkeiten könnten als Beispiel für unsere Zeit dienen.

In einem wirklich subsidiären Europa, das aus vielleicht 60 oder 80 kleinen statt 28 ziemlich großen Einheiten besteht, würden europäische Institutionen mehr von Wächtern und Diplomaten bestückt als von Politikern und Bürokraten. Ihre Rolle bestünde darin, die Zusammenarbeit der kleinen Einheiten in verschiedenen Clubs zu koordinieren und eventuell auch eine gemeinsame Sicherheitspolitik zu koordinieren. Und sie bestünde ganz wesentlich darin, die Einhaltung der vier Grundfreiheiten der Europäischen Union zu überwachen und durchzusetzen. Anstatt neue Vorschriften zu erlassen und neue zentrale Pläne für einen ganzen Kontinent zu entwickeln, hätte der Brüsseler Apparat das Hauptziel, Grenzen und Barrieren abzubauen.

Darüber hinaus wäre die Kommission dafür zuständig, die kleinen Einheiten zu unterstützen, wenn Gruppen von ihnen beabsichtigen, enger zusammenzuarbeiten. Sie könnten bei Verhandlungen zur Seite stehen, wenn z.B. die Lombardei, Tirol und Bayern ihre Sozialversicherungssysteme zusammenführen; wenn Flandern, die Südniederlande und das Rheinland eine gemeinsame Verkehrspolizei schaffen; wenn Aquitanien und das Baskenland ihre Schulsysteme angleichen; oder wenn Regionen aus ganz Europa ihre Verwaltungsgesetze harmonisieren.

Ein solches vielseitiges System wäre für Europa viel vorteilhafter als das derzeitige System aus nationalen Eitelkeiten und Sonderinteressen, und zwar nicht nur, weil es die Tradition ehrt, die Europa im Laufe der Jahrhunderte erfolgreich und stark gemacht hat, sondern auch, weil es für eine Union von Völkern, die durch ihre Wertschätzung der freien Märkte, der Demokratie und der Selbstbestimmung miteinander verbunden sind, viel besser geeignet ist. Es gibt eine Alternative zu einem europäischen Zentralstaat einerseits und einem Rückfall auf Nationalstaaten andererseits. Es ist das Europa der Regionen, das den Bürger wieder zum Herrn über sein Schicksal macht. Wie Friedrich August von Hayek schon 1944 in seinem Buch „Der Weg zur Knechtschaft“ forderte: „Weder ein allmächtiger Superstaat noch eine lose Vereinigung von ‚freien Nationen‘ muss unser Ziel sein, sondern eine Gemeinschaft von Nationen freier Menschen.“ ■



ESFL LOCAL COORDINATORS

EDUCATING, DEVELOPING AND EMPOWERING THE NEXT GENERATION OF LEADERS OF LIBERTY

Wer sind die European Students For Liberty?

Die European Students For Liberty (ESFL) sind ein europäisches Netzwerk für Studenten, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung eintreten. In den vielen lokalen Gruppen werden Vorträge, Debatten und auch Workshops organisiert. Auf den vielen Konferenzen in ganz Europa erlebt man Reden von außergewöhnlichen Persönlichkeiten und lernt viele neue Menschen kennen. ESFL hilft, vernetzt und bildet junge Menschen aus, um für die Freiheit in Europa aktiv zu streiten.

Mach mit!

Bevormundung, Gesetzesflut, Schuldenberge – Wer setzt sich für mehr Freiheit ein? Organisiere mit anderen zusammen Veranstaltungen an deiner Uni und diskutiere über Demokratie, Freiheit oder Fortschritt. Wende dich an uns und schließe dich einer Gruppe an:

kontakt@studentsforliberty.de

Bewirb Dich als Local Coordinator!

Werde Local Coordinator bei den European Students For Liberty und setze dich dafür ein, dass Freiheit wieder einen Wert erhält. Erhalte eine Ausbildung und organisiere Konferenzen, Kampagnen und knüpfe Kontakte in der ganzen Welt.

Bewirb dich dazu auf
localcoordinators.org

Verpasse nicht deine Chance und bewirb dich jetzt!

WWW.LOCALCOORDINATORS.ORG

Der Steuerwettbewerb in Europa muss gewahrt werden

Die Finanzpolitik innerhalb der EU ist ein ständiger Streitpunkt unter den 28 Mitgliedstaaten, und der nahende Brexit macht die Diskussionen für die bald 27 verbliebenen Mitglieder nicht einfacher. Für den Budgetzyklus 2019-2027 muss die EU die Lücke füllen, die das Ausscheiden der zweitgrößten Volkswirtschaft der Union in das Budget reißt. Die Europäische Kommission sucht entsprechend daher verzweifelt nach neuen Einkommensquellen.

Im Jahr 2018 hatte die EU ein Budget von 145 Milliarden Euro, wobei 70 Prozent dieser Summe aus den Mitgliedsbeiträgen der verschiedenen EU-Staaten stammen. Trotz des Ausscheidens Großbritanniens soll für den nächsten Zyklus das Budget auf 178 Milliarden Euro jährlich aufgestockt werden. Auf der Suche nach weiteren Einkommensströmen will die Kommission dies durch diverse neue Maßnahmen ermöglichen, wie eine gemeinsame Körperschaftsbemessungsgrundlage, welche eine Harmonisierung der Unternehmenssteuern durch die Hintertür einführen könnte, einen Ausbau des europäischen Emissionshandelsystems sowie eine Plastik-Gebühr für jedes Kilogramm Plastikmüll einführen. Zudem fordert Brüssel eine Digitalsteuer, welche spezifisch Technologieunternehmen besteuern soll. Auch eine Kapitalertragssteuer steht dabei zur Debatte.

Woran all diese Ideen jedoch scheitern, ist, dass es stets eine Opposition unter denen Mitgliedsstaaten gibt – und die Steuerpolitik ist ein sogenannter „sensibler“ Bereich, weshalb die EU solche Mittel nur einführen kann, wenn alle Mitgliedsstaaten – ausnahmslos – zustimmen. Aus diesem Grund sind Harmonisierungsinitiativen bis jetzt immer am Widerstand von im Steuerwettbewerb gut aufgestellten Ländern wie Irland verhindert worden. Nun allerdings will die Kommission das Vetorechtseinstimmigkeitsprinzip abschaffen und stattdessen durch eine „Qualifizierte Mehrheit“ ersetzen, durch welche solche Entscheidungen nur noch mehr die Stimmen von 55 Prozent der Mitgliedsstaaten mit 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU benötigen sollen.

Für kleine Mitgliedsstaaten wie Irland, die Niederlande oder die baltischen Staaten, die alle zu den eifrigsten Verteidigern des Steuerwettbewerbs innerhalb der EU gehören, würde damit ein Bekämpfen von Steuerharmonisierung empfindlich schwieriger gemacht. Politische Schwergewichte wie Deutschland und Frankreich

könnten währenddessen das Kräfteverhältnis innerhalb der Union deutlich in ihre Richtung verschieben. Der Brexit würde diese Verschiebung nur noch zusätzlich verstärken.

Als Reaktion auf diese Entwicklungen haben sich Irland, die baltischen Staaten, Dänemark, die Niederlande, Schweden und Finnland 2018 semi-offiziell zur „Hanse 2.0“ zusammengeschlossen. Diese Reinkarnation der Handelsgilde des 14. Jahrhunderts soll die Auswirkungen des Brexit auf steuerlich konservative Staaten abschwächen und ihre Verhandlungsposition innerhalb der EU stärken sowie einen Gegenpol zur Achse Berlin-Paris etablieren.

Der Steuerwettbewerb bedarf nun mehr als je zuvor einer Verteidigung und es gilt, ihn in Europa zu bewahren. Ein ausgeprägter Steuerwettbewerb ist die beste Garantie gegen ineffiziente und überbürokratisierte Steuersysteme innerhalb des EU-Binnenmarktes. Hochsteuerländer wie Deutschland und Frankreich müssen bei exzessiven Steuermaßnahmen einen Abzug der Wirtschaft in Richtung Tiefsteuerländer fürchten und sind daher dazu angehalten, ihre Besteuerung möglichst gering und effizient zu gestalten. Darüber hinaus gibt der Steuerwettbewerb kleineren, wirtschaftsschwächeren Ländern die Möglichkeit, sich durch niedrigere Steuersätze, zum Beispiel im Bereich der Unternehmenssteuern, trotz eventueller Standortnachteile sowie einer weniger stark ausgeprägten Infrastruktur, gegenüber größerer Staaten zu behaupten. Somit verhilft der Steuerwettbewerb letzten Endes allen Ländern innerhalb des Binnenmarktes zu effizienteren Steuersystemen und einer leistungsfähigen Wirtschaft.

Da die Steuern durch diese Art von Wettbewerb effizient und dadurch tendenziell niedrig gehalten werden, wird den Bürgern ein größerer Anteil ihres hart erarbeiteten Einkommens und somit auch einen größeren Teil ihrer individuellen Freiheit überlassen. Zudem würden hohe Steuern durch die komplexe und starke Vernetzung der modernen Wirtschaft zu zum Teil nicht vorhersehbaren Kollateralschäden – im wenigsten niedrigen Wirtschaftswachstum – führen.

Man kann also nur hoffen, dass weitere kleine Länder in der EU den Mut haben, David gegen Goliath zu spielen, der „Hanse 2.0“ oder anderen Allianzen beitreten und so den Steuerwettbewerb Europas bewahren. ■

Bildkredit: Ignasi Bolto



Barbara Kolm

ist die Direktorin des Austrian Economics Center und Präsidentin des Friedrich A. v. Hayek Institut in Wien. Seit 2018 ist sie Vizepräsidentin der Österreichischen Nationalbank.

Kaum europäische Einhörner: Was kann die EU tun?

Google, Apple, Amazon, Facebook, Uber, Airbnb - die Liste ließe sich weiterführen. Diese und viele andere Unternehmen haben in den vergangenen Jahren mit neuen Technologien unser Leben tiefgreifend verändert. Die Geschäftsmodelle sind verschieden, doch die großen Stars haben eines gemeinsam: Sie kommen nicht aus Europa. In Deutschland gibt es mit SAP nur einen großen digitalen Konzern, wenn man von den Seriengründern bei Rocket Internet in Berlin absieht. Kommt der EU eine Rolle bei dem Versuch zu, das zu ändern? Ja, allerdings nicht mithilfe neuer Subventionen und detailreicher Regulierungen, sondern mit einer EU-Kernkompetenz: Märkte offen halten.

WENIG TECH-UNTERNEHMEN IN EUROPA

Nicht nur bei den etablierten Platzhirschen, auch bei den potentiellen Superstars der Zukunft sieht es in Europa eher mau aus. Einen aktuellen Überblick über Startups, die eine Bewertung von mehr als 1 Milliarde US Dollar aufweisen oder kurz davor stehen, bietet CB Insights. Dort werden derzeit über 300 Startups gelistet. Sie sind meistens IT-zentriert - in der Regel Software, aber auch Hardware - und werden wegen ihrer Seltenheit als Einhörner bezeichnet.

Fast die Hälfte kommt aus den Vereinigten Staaten. Etwa ein Viertel ist in China zu finden, nur gut 11 Prozent in Europa. Davon ist knapp die Hälfte britisch.

Für die relative Abwesenheit von weltweit führenden europäischen Technologieunternehmen ist eine Reihe von Faktoren verantwortlich. Längst nicht alle liegen im Einflussbereich der EU.

EURO-VALLEYS VERGEBLICH GESUCHT

In Europa werden Cluster schmerzlich vermisst, in denen wissensbasierte Unternehmen mit Spitzenforschungseinrichtungen eng vernetzt sind. Während an der Westküste der USA weltweit führende Universitäten wie Stanford und Berkeley die innovativen Unternehmen des Silicon Valleys mit Talenten versorgen, hapert es in Europa bereits bei den Spitzenforschungseinrichtungen - vor allem auf dem Kontinent: Unter den weltweiten Top-20 Universitäten sind lediglich zwei Schweizer Institutionen als Vertreter des europäischen Festlandes zu finden.

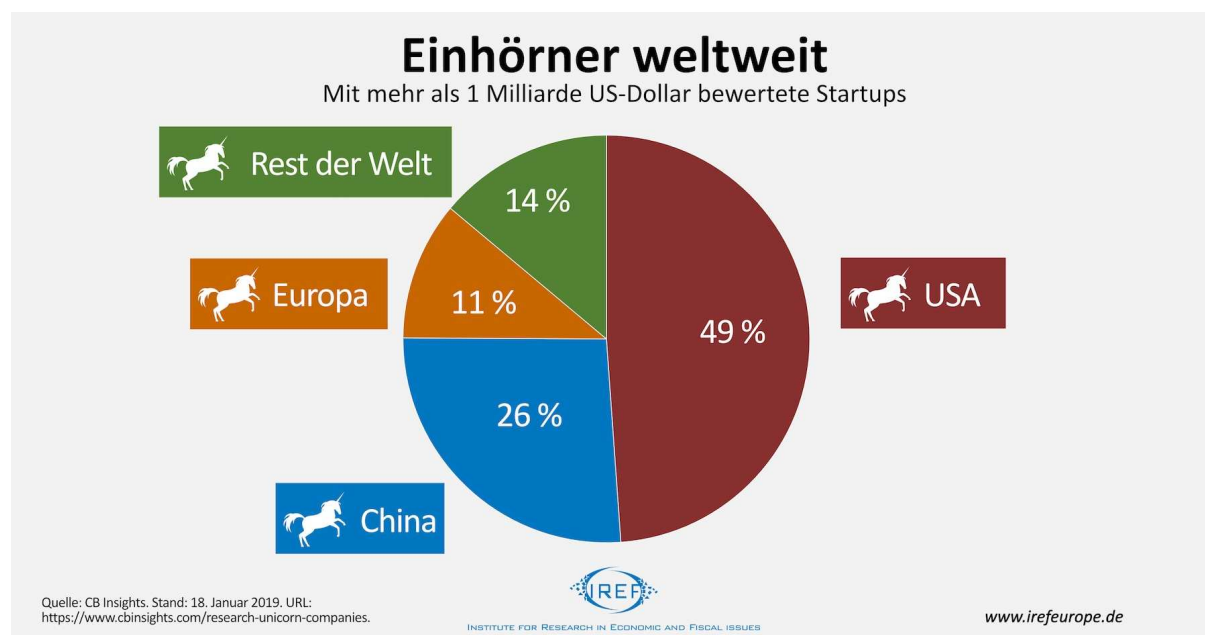
Die Förderung von Clustern ist jedoch nicht Aufgabe der Europäischen Union. Zum einen sind Cluster stets



Dr. Alexander Fink arbeitet am Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig und ist Senior Fellow am Institute for Research in Economic and Fiscal Issues – IREF.



Fabian Kurz promoviert in Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Cottbus. Er ist Research Fellow am Institute for Research in Economic and Fiscal Issues (IREF) und forscht dort schwerpunktmäßig in den Bereichen Gesundheitspolitik und öffentliche Finanzen.



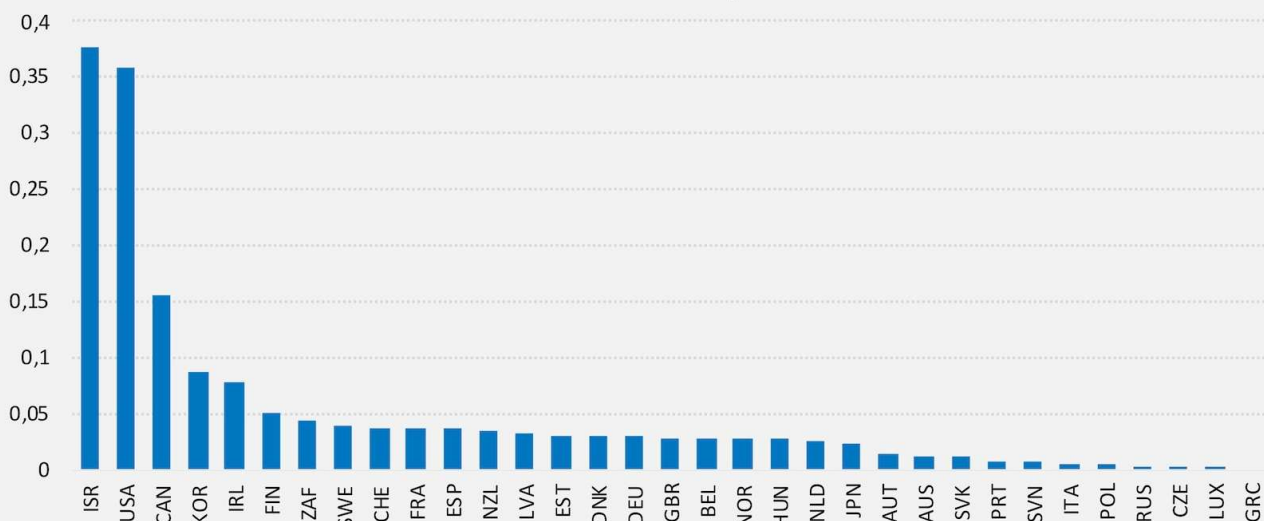
regionaler Natur. Das Interesse beispielsweise Spaniens, im Osten Frankreichs eine Forschungseinrichtung auf Weltniveau mitzufinanzieren, wäre vermutlich überschaubar. Zum anderen ist die Bildungspolitik auf Ebene der Mitgliedstaaten oder wie in Deutschland auf untergeordneten Gebietskörperschaften angesiedelt. Aus diesen Gründen liegt es im Verantwortungsbereich der Mitgliedstaaten und gegebenenfalls ihrer Gebietskörperschaften, die Voraussetzungen für Spitzenforschung an Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen zu verbessern.

WENIG WAGNISKAPITAL

Junge Unternehmen, die riskante Geschäftsideen umsetzen wollen, greifen für ihre Finanzierung häufig auf Wagniskapitalgeber zurück und selten auf Bankkredite. Auch bei der Finanzierung durch Wagniskapital liegen die Staaten der EU gemäß Daten der OECD deutlich abgeschlagen hinter den USA. So wurden im Jahr 2016 in den USA Wagniskapital in Höhe von mehr als 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zur Verfügung gestellt. In Deutschland waren es 0,03 Prozent.

Dabei ist der Abstand zu den Vereinigten Staaten im Bereich Wagniskapital in den letzten Jahren nicht etwa geschrumpft - im Gegenteil. Das

Wagniskapitalinvestitionen in Prozent des BIP, 2016



Quelle: OECD. Israel und Japan 2014.



INSTITUTE FOR RESEARCH IN ECONOMIC AND FISCAL ISSUES

www.irefeurope.de

Volumen in den USA stieg zwischen 2010 und 2016 um 132 Prozent, während in Deutschland der Zuwachs bei 12,5 Prozent und in Frankreich bei 23 Prozent lag. Nur Polen und Irland konnten einen größeren Wagniskapitalzuwachs aufweisen als die Vereinigten Staaten. Alle anderen EU Staaten hatten geringere Zuwächse oder gar Rückgänge zu verzeichnen.

Weniger Finanzierung durch Wagniskapital ist die andere Seite der Medaille fehlender Cluster der digitalen Industrie in Europa. Wagniskapital und innovative Geschäftsideen bedingen einander. In den USA sind in Kalifornien, an der Westküste, aber auch ums MIT und Harvard an der Ostküste Netzwerke von Forschungseinrichtungen, Unternehmen, erfolgreichen Gründern und Investoren entstanden, die nicht per Plan und Beschluss geschaffen werden können. Die EU sollte nicht versuchen, durch den Einsatz von Steuergeldern als Wagniskapital den Technologiestandort Europa zu fördern. Zum einen hat sie weder die Anreize und das Wissen privater Investoren, die ihre eigenen Mittel einsetzen. Zum anderen gehen Wagniskapital und innovative Geschäftsideen unter den richtigen Voraussetzungen miteinander einher. Die Bereitstellung von Wagniskapital allein führt nicht zu guten Geschäftsideen.

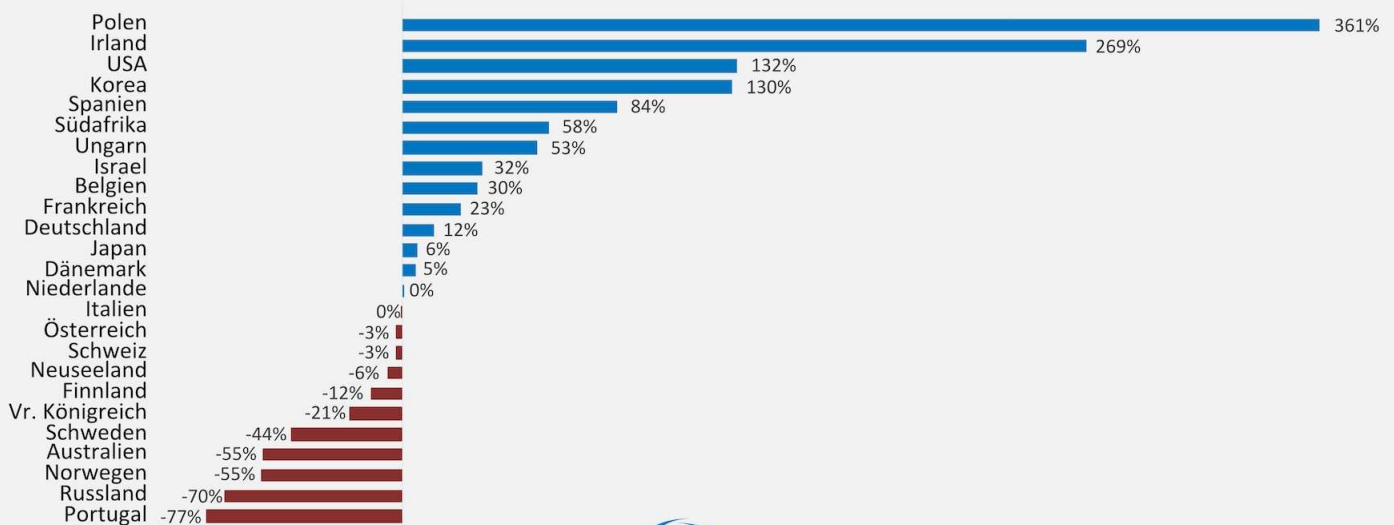
GRÖßTE VOLKSWIRTSCHAFT, ABER KLEINE MÄRKTE

Wachsen erfolgreiche neue Unternehmen im Informations- und Kommunikationstechnologiesektor zunächst organisch in ihren Heimatmärkten, ist ein größerer Heimatmarkt von Vorteil. Zwar ist der EU-Binnenmarkt mit über 500 Millionen Konsumenten riesig, auch im Vergleich zu den USA. Doch der Markt ist immer noch stark fragmentiert. Dafür verantwortlich sind zum einen sprachliche und kulturelle Barrieren. So gibt es in der EU 24 Amtssprachen. Verträge, AGBs, Webseiten und Apps müssen von Anbietern 23-mal übersetzt werden, wenn sie den gesamten EU-Markt bedienen wollen. Ein Umstand, der kaum durch politische Rahmenbedingungen geändert werden kann. Zum anderen erschweren rechtliche und regulatorische Besonderheiten auf nationaler Ebene Firmen von Beginn an den gesamten EU-Markt zu bedienen.

Während der EU Binnenmarkt für Güter weitgehend von nationalen Barrieren befreit ist, ist dies für Dienstleistungen nicht der Fall. Hier liegt das größte Handlungspotential der EU, um europäischen Start-ups bessere Rahmenbedingungen zu ermöglichen.

Entwicklung der Wagniskapitalinvestitionen

2010 bis 2016



Quelle: OECD Israel 2010 und 2014



INSTITUTE FOR RESEARCH IN ECONOMIC AND FISCAL ISSUES

www.irefeurope.de

DER DIGITALE BINNENMARKT: DIENSTLEISTUNGEN LIBERALISIEREN

Grundsätzlich stehen zwei Mittel zur Verfügung, rechtliche und regulatorische Hürden für den grenzüberschreitenden Handel mit Waren und Dienstleistungen zu beseitigen.

Erstens können Regeln harmonisiert werden. So soll der grenzüberschreitende Onlinehandel erleichtert werden. Die EU plant, Vertragsrechtsvorschriften für Onlinegeschäfte anzugleichen. Händler müssten dann weniger als bisher auf nationale Besonderheiten Rücksicht nehmen und Verbraucher könnten darauf vertrauen, dass die gleichen Regeln bei aus- wie inländischen Anbietern angewendet werden.

Die mit der Regulierungsharmonisierung einhergehende Gefahr ist jedoch, dass sie nicht die Erprobung innovativer Produkte in ganz Europa ermöglicht, sondern vielmehr Möglichkeiten zum Experimentieren im Gebiet der gesamten EU einheitlich einschränkt.

LIBERALISIERUNG DURCH GEGENSEITIGE ANERKENNUNG

Zweitens können Regulierungen gegenseitig anerkannt werden. Diese Alternative verspricht einen einfacheren Austausch von Waren und Dienstleistungen, ohne die potentiell schädlichen Folgen einer Harmonisierung. Dies ist bei Gütern in der EU, für die kein einheitliches EU-Recht existiert, bereits gängige Praxis. So dürfen Waren, die in einem Mitgliedsland legal in Verkehr gebracht werden, auch in den anderen EU Staaten verkauft werden. Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung wird jedoch nicht auf Dienstleistungen angewendet, obwohl die EU-Kommission genau das ursprünglich geplant hatte.

Der Entwurf für die Dienstleistungsrichtlinie aus dem Jahr 2006 sah vor, dass für Dienstleistungen das Herkunftslandprinzip gelten sollte. Dies hätte zufolge gehabt, dass Dienstleistungsanbieter deren Dienste

legal im Heimatstaat sind, auch legal in den anderen EU Staaten hätten angeboten werden dürfen. Statt dem Herkunftslandprinzip zu folgen, wurden Regeln für Dienstleistungen harmonisiert - mit umfassenden Ausnahmen. So gelten unter anderem keine harmonisierten Regeln für Dienstleistungen von „allgemeinem Interesse“, Finanzdienstleistungen, Dienstleistungen und Netze der elektronischen Kommunikation, öffentliche und private Gesundheitsdienstleistungen sowie Verkehrsdienstleistungen und Glücksspiele. Diese Bereiche werden weiterhin national reguliert. Die Ausnahmen zeigen, dass der EU-Binnenmarkt gerade in Bereichen fragmentiert ist, die als besonders vielversprechend für digitale Innovationen gelten.

Um europäischen Anbietern von Technologiedienstleistungen den Zugang zu einem wahrlich gemeinsamen Heimatmarkt zu ermöglichen, sollte die EU auch bei Dienstleistungen zur gegenseitigen Anerkennung von Regeln übergehen.

BARRIEREN ABBAUEN UND TEE TRINKEN

Im Einsatz für den Digitalstandort Europa sind die Möglichkeiten der EU zwar begrenzt, aber dennoch nicht zu vernachlässigen. Die EU sollte sich nicht daran versuchen, aktiv regionale Cluster der Digitalwirtschaft zu fördern oder gar als Wagniskapitalgeber aufzutreten. Stattdessen sollte sie sich auf eine ihrer Kernkompetenzen konzentrieren und durch die Öffnung nationaler Märkte zur Vervollständigung des Binnenmarktes beitragen. So könnte sie häufig von Netzwerkeffekten getriebenen digitalen Geschäftsideen und den Startups, die sie umsetzen, zu einem leichteren Start in Europa verhelfen, der als Grundlage für einen weltweiten Erfolg dienen kann. ■

Der Mythos EU

Warum Europas größte Fans realistischer werden sollten

Als sich Großbritannien am 23. Juni 2016 dazu entschied, die Europäische Union zu verlassen, ging zweifelsohne ein Schock durch Brüssel und Europa allgemein. Zweifellos durchlebte die EU über Jahrzehnte hinweg schon viele Krisen und besonders in den Jahren der Eurokrise war die Unzufriedenheit in vielen Mitgliedstaaten hoch. Doch dass eines der größten und wichtigsten Mitglieder sich dazu entschied, sich vom Projekt zu verabschieden, war ein Präzedenzfall.

Die Stimmung in Brüssel war daraufhin erdrückend — für viele wirkte es so, als wäre das Ende der EU nah. Die entscheidende Frage war nun, wie man sich vom Brexit wieder erholen sollte. Welche Richtung sollte Kontinentaleuropa ohne Großbritannien, seiner Hassliebe, einschlagen?

Für viele schien es selbstverständlich, dass nun die Zeit gekommen war und dass Brüssel nun eine Kehrtwende einlegen würde. Immerhin votierten die Briten sicher nicht für das eigene Ausscheiden, weil noch nicht zu viel Integration auf europäischer Ebene geschehen war. Die Eurokrise schien ein weiteres Paradebeispiel dafür, dass die EU zu weit gegangen war. Zudem zeigte die Migrationskrise die Unfähigkeit der Mitgliedstaaten, selbst in den größten Krisen einen gemeinsamen Nenner zu finden. Währenddessen erstarkten euroskeptische Kräfte überall auf dem Kontinent.

Doch in einer schockierenden Wende entschied man sich in Brüssel, initiiert von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und dem neu eingeweihten französischen Präsident Emmanuel Macron, dafür, noch stärker für die „immer engere Union“ einzutreten. In Zeiten des Populismus und aufflammenden Nationalismus sei jetzt die Zeit, so meinten sie, das europäische Projekt stärker denn je zu verteidigen.

Ideen hat es dafür bis heute genug gegeben, die allesamt in pompösen Reden in Parlamenten, an Universitäten und an Diskussionsabenden präsentiert wurden. Alle hatten einen Aspekt gemeinsam: Es müsse mehr Integration, mehr Zentralismus in Belgiens Hauptstadt geben. Denn wenn man nicht auf dem bisherigen Weg weiter schreitet, würde das Europa in eine Ära zurückbefördern, die niemand wieder miterleben will.

Wie die Brüsseler Elite und so manche Regierungschefs diese Lehre aus dem Brexit zogen, ist auf den ersten Blick nicht ganz klar. Natürlich können Politiker noch so oft die

EU verteidigen, indem man sie als Friedensprojekt und Erfolg des Freihandels und des Liberalismus bezeichnet — kaum jemand wird dem widersprechen.

Doch war die EU auch schon all das vor mehreren Jahrzehnten. Was Brüssel seither angestellt hat, ist weit davon — und weit von den Idealen der liberalen Demokratie — entfernt. Von Demokratie ist sowieso kaum zu sprechen, seither man mehrere Referenda, in denen in etlichen Ländern gegen mehr Integration gestimmt wurde, seit den 1990ern ignoriert hat. Ob eine machtvolle Bürokratie in einer Stadt hunderte Kilometer von den meisten Bürgern sonderlich demokratisch ist, sei ebenso dahingestellt.

Auch das Argument des ökonomischen Dynamismus ist auf dem Weg liegen geblieben. Den Binnenmarkt zu vervollständigen und weiterhin Barrieren abzubauen, wurde schon lange ignoriert. Genauso vergaß man den Freihandel nach außen und entwickelte stattdessen zunehmend protektionistische und regulatorische Seiten. Unternehmen, die erfolgreich sind, werden heutzutage bestraft, während die Kommission versucht, auf Kosten von Firmen und Bürgern den Brüsseler Apparat — und natürlich die Milliarden an Agrarsubventionen und Umverteilungsgelder nach Süd— und Osteuropa — zu finanzieren.

Der Euro, von prominenten Ökonomen wie Hans—Werner Sinn als „historischer Fehler“ bezeichnet, hat dank der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank einen enormen Wertverlust erlebt, zur wirtschaftlichen Verarmung mehrerer Länder und der Erosion des persönlichen Vermögens normaler Bürger geführt und eine künstliche Blase durch die Nullzinspolitik heraufbeschwört, die irgendwann zu platzen droht.

Gleichzeitig hat sich die Zufriedenheit der Bürger gegenüber der EU kaum verbessert. Es mag zwar stimmen, dass die EU als Institution selbst so beliebt wie selten zuvor ist. Doch selbigen kann nicht über die Arbeit der Brüsseler Elite gesagt werden.

Zusammenfassend kann man demnach konstatieren, dass die Integrationsversuche der letzten Jahrzehnte, gelinde gesagt, gescheitert sind. Wieso denken dann also Föderalisten, die Befürworter eines föderalen, vereinigten, europäischen Staates, dass man nur noch weiter gehen müsse, um endlich die Wende zu schaffen?

Bildcredit: Judd Weiss



Kai Weiß

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Austrian Economics Center und Vorstandsmitglied beim Friedrich A. v. Hayek Institut in Wien. Von April 2018 bis Februar 2019 war er Chefredakteur von Peace Love Liberty.

Hört man den Föderalisten zu, stellt sich schnell heraus, dass für sie die EU mehr ist als lediglich eine supranationale Organisation zur Koordination von Einzelstaaten. Für sie ist die EU Europa und Europa ist die EU. Verschwindet eines, verschwindet das andere. Kritisiert man das eine, kritisiert man das andere. Sie leben für dieses Projekt; der Erfolg der EU liegt ihnen mehr am Herzen als alles andere. Man könnte annehmen, dass sie den „Puls Europas“ spüren — oder zumindest glauben sie es.

In dieser Hinsicht hegen sie eine enorm progressive Sicht auf die EU. Für sie ist ein Vereinigtes Europa, den USA nachgeahmt, das Endziel zur Sicherung des Friedens und Wohlstands Europas. Nationalstaaten sind eine Reliquie früherer Jahrzehnte, gar der Grund für die großen Kriege des 20. Jahrhunderts, welche die EU ermöglichten beziehungsweise nötig machten. Statt auf nationale Souveränität und Identität zu pochen, müssten diese — und tatsächlich alles andere, was an der Erreichung des Endziels hindert — den Weg frei machen für etwas viel Größeres: einer europäischen Souveränität und einer europäischen Identität.

Aus diesem Grund werden die klaren Probleme des Euros beispielsweise einfach ignoriert. Für EU-Fanatiker ist der Euro keine einfache Währung, die schief gegangen ist. Für sie ist sie ein Symbol des europäischen Projekts und es zu kritisieren, würde einer Kritik Europas im Allgemeinen gleichkommen.

Stattdessen ist die zunehmende Integration der einzige Weg, um auf der „richtigen Seite der Geschichte“ zu bleiben. Endstation Vereinigte Staaten von Europa — und hin auf dem schnellsten Weg, ungeachtet der Hindernisse.

Doch müssen Föderalisten endlich erkennen — und man würde meinen, Brexit wäre Zeichen genug dafür gewesen — dass ihre marxistisch angehauchte Philosophie der EU in Chaos enden wird. Ökonomische Desaster werden aufgrund einer irrationalen (Selbst-)Verliebtheit ignoriert. Eine Opposition von Mitgliedstaaten sowie Bürgern hat keinerlei Bedeutung.

Bei letzterem werden Fanatiker oft das Argument hervorbringen, all das wäre kein Problem mehr, würde man erst einmal eine europäische Identität kreiert haben. Die Bürger Europas sollten sich als genau das sehen: Bürger Europas, nicht Deutschlands oder Österreichs (oder gar Bayerns oder Nordrhein-Westfalens).

Und recht haben sie bis zu einem gewissen Grad damit: Denn würden sich die Menschen als in erster Linie Europäer sehen, wäre für sie natürlich eine Zentralisierung in Europas Hauptstadt deutlich weniger abwegig. Doch wer in Europa sieht sich tatsächlich in erster Linie als Europäer? Es ist eine ungemein winzige Minderheit und sie besteht größtenteils aus der Erasmus-Generation; also denjenigen, die auf Kosten ihrer Mitbürger für drei Monate an einem Strand in Spanien oder Portugal mit ihren neuen europäischen Freunden gefeiert haben und nun glauben, das würde Katastrophen wie den Euro oder Steuerharmonisierungen rechtfertigen.

Währenddessen überlegt die Brüsseler Elite täglich, wie sie die europäische Identität unter Normalbürgern verbreiten könnte. Doch kann das nicht von oben herab geschehen — außer durch Zwang. Sollte jemals europäische Identität entstehen, muss dies von den Bürgern selbst ausgehen. Solange dies jedoch nicht passiert, werden Föderalisten die Realität akzeptieren müssen, dass Europäer nicht ihren Enthusiasmus gegenüber der Abschaffung der Nationalstaaten für einen europäischen Großapparat teilen.

Und daran ist auch wahrlich nichts falsch. Eine von Europas Stärken war schließlich immer ihre Vielfalt. Die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher brachte das in ihrer berühmten Brügge-Rede 1988 auf den Punkt: „Europa wird dann stärker sein, weil es Frankreich als Frankreich, Spanien als Spanien und Großbritannien als Großbritannien, ein jedes mit seinen eigenen Bräuchen, Traditionen und Identität, hat. Es wäre ein Fehler, zu versuchen, diese in eine Art gesamteuropäische Identität stecken zu wollen.“

Diese Dezentralität ist auch immerhin ein Merkmal, durch welches sich Europa stets auszeichnen konnte. Schon seit Jahrhunderten haben sich die größten Denker gefragt, wieso gerade auf diesem Kontinent der Liberalismus und der Kapitalismus mit seiner resultierenden Prosperität als erstes Einzug hielt. Antworten gibt es dafür genug und in Wirklichkeit ist die richtige wahrscheinlich eine Mischung vieler unterschiedlicher. Doch ist man sich größtenteils einig, dass die Kleinstaaterei, der Flickenteppich, nicht nur im deutschen Raum, sondern in Europa allgemein ein gewichtiger Grund war.

Es ermöglichte, dass die Menschen schnell von einem in den anderen Staat konnten, dass die Grenzen nah lagen und dass sich die Bürger Europas aussuchen konnten, wo sie sich niederlassen konnten — etwas, was sich heute familiär anhören muss. Diese Wahlfreiheit und die Einfachheit weiterzuziehen, sorgte schnell für Wettbewerb zwischen den Staaten, um die größte Attraktivität anzubieten. Und weil sich eine Politik, welche möglichst freiheitlich war, als besonders erfolgreich für Menschen herausstellte, gab es einen Anreiz für Staaten, solch eine Politik anzubieten.

Natürlich haben nicht nur die Ideen der individuellen Freiheit, der Dezentralität und der Vielfalt als erstes in Europa über einen längeren Zeitraum Einzug gehalten. Auch andere Ideen entstanden in ihrer heutigen Form auf diesem Kontinent und sie stellen das genaue Gegenteil, das des Zentralismus, der Kollektivierung und der Enthumanisierung und Gleichmacherei, dar. Diese Ideen sollte die sein, welche im zwanzigsten Jahrhundert ihr hässliches Gesicht — und das hässlichste Gesicht Europas — zeigten.

Die EU hat heute die Wahl, welche Seite sie wählen, welches Element der Geschichte Europas sie propagieren will. Sicherlich ist sie weit entfernt von den totalitären Regimes des vorherigen Jahrhunderts. Sie wird es — so muss man hoffen — immer sein. Und niemand der Brüsseler Elite hat natürlich Intentionen, in diese Richtung zu gehen.

Doch haben die Ideen, welche Föderalisten heute haben, denselben

Ursprung. Sie wollen Entscheidungen in Brüssel zentralisieren. Sie wollen das freie Unternehmertum zunehmend hindern, frei zu sein. Sie schotten sich immer weiter von der Außenwelt ab. Sie wollen eine Identität kreieren, wie es sie so noch nie gegeben hat. Und jeder, der diesen Plänen widerspricht, soll als Populist, Nationalist oder irgendein anderes leeres Schimpfwort diffamiert werden.

Die Föderalisten denken vielleicht, dass ihre Vision einer „immer engeren Union“ bahnbrechend und innovativ ist. Doch die Idee, einen Megastaat zu errichten, ist nicht neu — dass diese Idee im 21. Jahrhundert weiterhin überhaupt in Betracht gezogen wird, ist tatsächlich ein trauriges Beispiel dafür, wie schnell man vergisst.

Wenn das europäische Projekt dazu gekommen — oder verkommen — ist, wäre die EU dem Scheitern verurteilt. Entweder würde sie aufgrund ihrer eigenen Blindheit früher oder später zusammenbrechen oder aufgrund des Ignorierens von Gegenstimmen würde sie ein noch stärkeres Aufflammen von tatsächlich nationalistischen Kräften verursachen — und so vielleicht genau das hervorbringen, was man am meisten fürchtet und dem Verhindern dessen die europäische Integration überhaupt erst begann.

Es gäbe jedoch eine Alternative — und eine europäische Alternative allemal. Es ist ein Europa, welches erneut auf Dezentralisierung und Vielfalt zählt. Es ist eine Europäische Union, in der freie und souveräne Nationalstaaten zusammenkommen, um zu kooperieren. Eine Europäische Union, in der wirtschaftliche Freiheit gefördert und Handelsbarrieren reduziert werden. Eine Europäische Union, mit der die europäischen Länder zusammen nach außen treten, um auch mit der restlichen Welt freier zu interagieren. Und eine Europäische Union, die in Zeiten von Krisen, in Zeiten des Krieges vor den eigenen Haustüren und in Zeiten des Terrorismus, für Sicherheit sorgen kann, statt im Nihilismus und durch Abgelenktheit bei großen Reformideen zu versagen.

In erster Linie sollte es eine Europäische Union sein, in der alle Bürger eine Stimme haben — also ein Europa, in dem — soweit möglich — Entscheidungen lokal getroffen werden, nicht weit weg von Brüssel. Eine solche EU würde das Beste hervorbringen, was Europa zu bieten hat. Es wäre eine EU, die tatsächlich Frieden sichert und Wohlstand fördert, statt sich selbst in utopischen Träumereien zu verfangen. ■

Kais Buchempfehlung

Suicide of the West — Jonah Goldberg

Das Aufflodern von populistischen, teils nationalistischen, Bewegungen in der westlichen Welt und die scheinbar zunehmende Ablehnung der „liberalen Weltordnung“ — mit Donald Trump und Brexit als Höhepunkte - haben viele Fragen aufgeworfen. In den letzten Jahren wurden gefühlt mehr Bücher zu dieser „Krise der Liberaldemokratie“, in der wir stecken, geschrieben als es Sand am Meer gibt.

Auch 2018 gab es so manchen großen Denker, der der Meinung war, die Lage wäre ganz klar. Enlightenment Now von Steven Pinker, der eigentlich Harvard-Professor ist, aber sich 2019 der deutschen Partei der Humanisten als Beiratsmitglied angeschlossen hat, ist so ein Fall. Laut Pinker leben wir in der besten aller Zeiten und eigentlich gibt es gar keine Probleme - wären da nicht die Pessimisten, die das einfach nicht einsehen wollen. Selbstsicherheit gibt es hier genug, doch auf Kosten eines starken Verrisses unserer heutigen Situation.

Dann wären da andererseits die Pessimisten, die Pinker so verteufelt. Patrick Deneen beispielsweise von der University of Notre Dame sieht in seinem Buch *Why Liberalism Failed* nicht nur eine monumentale Krise heute, sondern auch einen Schuldigen, der Jahrhunderte alt ist: der Liberalismus. Erst wieder schaffen wir es auf den Erfolgspfad, wenn wir in ein postliberales Zeitalter eintreten, auch wenn Erklärungen teils schief gehen, was überhaupt der Liberalismus im klassischen Sinn mit all dem zu tun.

Dazwischen findet sich ein weiteres Buch aus dem Jahr 2018. Jonah Goldberg, ein Redakteur vom US-amerikanischen *National Review*, sucht in *Suicide of the West* über 464 Seiten eine Erklärung dafür, warum so viele Menschen heutzutage das System ablehnen, welches ihnen seit der Industrialisierung eigentlich so gut getan hat — er nennt dies „the Miracle“, also „das Wunder“. Was auf den ersten Blick wie purer Dogmatismus wirkt, ist schließlich eine ausgeglichene Arbeit, von der man viel lernen und über vieles debattieren kann.

Für Goldberg steht fest, dass der Liberalismus immer noch die Lösung ist. Sicher haben wir eine Wahl - „decline is a choice“ - doch wenn wir weiterkommen wollen, sollten wir uns für die Freiheit entscheiden, nicht den Tribalismus. Trotz alledem, meint er, darf man die Situation nicht verkennen: Viele in unserer heutigen Gesellschaft fühlen sich zurückgelassen. Es gibt eine Identitätskrise und ein fehlendes Zugehörigkeitsgefühl in einer immerwährend sich ändernden Welt. Diese Gefühle sind vollkommen legitim.

Goldberg argumentiert deshalb zwar für eine deutliche Verteidigung des Liberalismus und der Marktwirtschaft, doch nur im Rahmen einer gesunden Zivilgesellschaft mit starken lokalen Gemeinschaften und sozialen Institutionen. Eine starke und allemal überzeugende Nachricht, die besonders in ihrem mäßigen Ton glänzt. ■

Stefan Zweigs Vision von Europa

Gefährliche Ideen und zwei Weltkriege zerstörten Europas einstigen Zusammenhalt: Wo stehen wir heute?

Am 27. November 1881 kam Stefan Zweig zur Welt. Einer der größten Schriftsteller der Welt wurde uns in Wien, der damaligen Hauptstadt der österreichisch-ungarischen Monarchie, als Geschenk an die Menschheit gegeben. Er wurde weltweit bekannt und ist er einer der am meisten übersetzten Autoren der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Und auch heute inspiriert er junge Menschen mit seinen zeitlosen Texten. Erst 2014 brachte Wes Anderson den Film „Grand Budapest Hotel“ auf die Leinwand – mit Ideen aus Zweigs Novellen „24 Stunden aus dem Leben einer Frau“, „Rausch der Verwandlung“ und „Ungeduld des Herzens“. Seine Autobiografie „Die Welt von gestern“ beschreibt eindrücklich die goldene Zeit Europas vor Krieg und Entzweiung. Er bereiste den europäischen Kontinent und pflegte Freundschaften und Kontakt zu Schriftstellern, Schauspielern, Philosophen und Denkern, die die Geschichte noch nachhaltig prägen sollten. In Cafés, Theatern und Straßenbahnen der großen Städte verliebte er sich in den europäischen Traum: eine bezaubernde Mischung aus Kulturen und Menschen, die irgendwie zueinander fanden, doch gehalten wurden durch den Drang nach Freiheit. Die Geschichten Zweigs beinhalten immer Hoffnung. Universelle Menschenrechte waren der Schlüssel, persönliche Freiheit war eine Berufung und die Kultur war der wichtige Vermittler. 77 Jahre nach seinem Tod liegt es an uns, die Umsetzung der europäischen Idee zu überprüfen.

DIE EUROPÄISCHE EINHEIT

Zur seiner Zeit noch undenkbar, existiert heute eine politische und ökonomische Europäische Union. Sie bietet eine Antwort auf seinen Ruf nach Einheit und Brüderlichkeit. Auch ist es einer ganzen Generation heute möglich in europäischen Ländern zu reisen und durch Erasmus zu studieren. Durch das Schengener Abkommen und technologischen Fortschritt ist es heute so einfach wie selten zuvor andere Kulturen und Nationen kennenzulernen, mit denen die Großeltern noch im Krieg standen. In den Schulen wird bereits den Kindern Englisch beigebracht, damit sie sich in anderen Ländern verständigen können. Zahllose Bürgerbewegungen organisieren sich über Ländergrenzen hinweg und vereinigen Menschen mit denselben Idealen und Zielen – seien sie politisch, philosophisch oder künstlerisch. Zweig sah nicht den Staat, sondern den Einzelnen als Ursache des Fortschritts. In seinem Kosmopolitismus war gegenseitiges Interesse an Kultur und Spra-

che sowie ein geteilter Drang nach Freiheit zentral. Sie allein machen uns zu Brüdern und Schwestern.

Die politische und ökonomische Union heute bedeutet allerdings nicht zwangsläufig auch eine Union, die ihre Bürger mitsamt ihren Kulturen vereinigt. In seiner inbrünstigen Verteidigung der Existenz eines geeinigten Europas „Die moralische Entgiftung Europas“ sah er aber gerade hierin die Kraft für Verbrüderung. Er schrieb dies als sich bereits der Faschismus in Europa ausbreitete. Hoffnungsvoll blickte er aber auf die folgenden Generationen:

„Denn immer wird der junge, glühende Mensch den Heroismus seiner Väter und Ahnen nur ganz würdigen und begreifen können, wenn er ihren Kampf als einen Kampf des Rechtes und der Redlichkeit ansieht. [...] Geben wir die Hoffnung auf, dies zu ändern, und setzen wir unsere Kraft lieber ein für wirklich erreichbare Ziele [...] [wie] eine Umschaltung des Lehrplanes in allen Staaten und Ländern von der politischen, der militärischen Geschichte zur Kulturgeschichte [...]“

Er war sich sicher, eine politische Union allein würde nicht reichen, um die menschlichen Abgründe zu verhindern. Sie würde sich auf politische Macht, weniger auf die Menschen selbst konzentrieren.

„[...] da Politik immer Schwierigkeiten bietet und auf Spannungen gegründet ist, muß unsere ganze Bemühung darauf hingehen, zur Gesundung Europas die Annäherung der nationalen Mentalitäten mehr und mehr auf die Tragfläche der kulturellen Leistung zu verschieben.“

Die Ziele der Europäischen Union hätten Zweig gefallen, ihre Umsetzung und anti-demokratischen Elemente würden seine romantischen Gedanken an eine europäische Einheit aber jäh zunichtemachen. Die undemokratische Durchsetzung von Reformen in Griechenland, Italien oder Spanien zur Stabilisierung in der Finanz- und Staatsschuldenkrise zerstört genauso den europäischen Zusammenhalt, wie europäische Eliten, die den Menschen eine zynische Version europäischer Politik anbieten – meist zulasten individueller Freiheit. Obwohl europäische Kulturen ihren Teil dazu beitragen, Menschen in Europa zu verbinden, scheinen zentral organisierte Institutionen dies zu ersticken.



Yaël Ossowski

lebt in Wien. Er ist ein kanadisch-amerikanischer Journalist und Autor. In Anlehnung an Zweigs Ideen gründete er mit anderen den Blog „Devolution Review“, wo dieser Beitrag zuerst erschien. Seine Homepage: yael.ca

DIE MORALISCHE ENTGIFTUNG EUROPAS

Zweig war sowohl Opfer als auch Vorbote seiner Generation. Er erlebte die Zerstörung Europas im Ersten Weltkrieg und floh als Jude erst nach England, dann in die USA und schließlich nach Brasilien, als der Zweite Weltkrieg an seinem Zenit stand. Die Nazis verbrannten seine Bücher und sein leidenschaftlicher Optimismus an die Menschheit verblich. Herausgerissen zu werden aus seinem Europa, ließ ihn verzweifeln, wie er in „Die Welt von gestern“ schreibt. Die Vernichtung von Kultur und Frieden in Europa zum zweiten Male entfremdete ihn zugleich:

„Alle Völker fühlen nur, daß ein fremder Schatten breit und schwer über ihrem Leben hängt. Wir aber, die wir noch die Welt der individuellen Freiheit gekannt, wir wissen und können es bezeugen, daß Europa sich einstmals sorglos freute seines kaleidoskopischen Farbenspiels. Und wir erschauern, wie verschattet, verdunkelt, versklavt und verkerkert unsere Welt dank ihrer selbstmörderischen Wut geworden ist.“



Stefan Zweig (1881–1942) – © Trude Fleischmann

Ein Zurück zum europäischen Zusammenhalt sah er nur, falls Europa sich „entgiften“ könnte. Desillusioniert nahmen sich Stefan und Lotte Zweig 1942 im Dschungel von Brasilien das Leben:

„So halte ich es für besser, rechtzeitig und in aufrechter Haltung ein Leben abzuschliessen, dem geistige Arbeit immer die lauterste Freude und persönliche Freiheit das höchste Gut dieser Erde gewesen.“

Er konnte weder Trost noch Hoffnung in der Vergangenheit finden, deren Vorzüge er einst zelebrierte. Eine Vergangenheit, die stets mehr

Freiheit und Kreativität versprach. Es war eine goldene Ära, die wir heute wohl zu gerne miterlebt hätten. Gerade, weil Zweig sie uns so lebhaft vor Augen zu führen vermochte:

„Wir konnten ungestörter unserer Kunst, unseren geistigen Neigungen uns hingeben, die private Existenz individueller, persönlicher ausformen. Wir vermochten kosmopolitischer zu leben, die ganze Welt stand uns offen. Wir konnten reisen ohne Paß und Erlaubnisschein, wohin es uns beliebte, niemand examinierte uns auf Gesinnung, auf Herkunft, Rasse und Religion. Wir hatten tatsächlich – ich leugne es keineswegs – unermeßlich mehr individuelle Freiheit [...]“

Und obwohl Zweig den destruktiven Kräften und Gräueltaten in seiner deutschsprachigen Heimat nicht mehr Widerstand leisten konnte, beinhaltete eine seiner letzten Reden doch die Hoffnung an eine bessere Zukunft. Umgeben von anderen großen Autoren in New York am 15. Mai 1941 fasste er zusammen:

„Ich glaube, jeder von uns hat heute ein neues, ein leidenschaftlicheres Bewusstsein von der Notwendigkeit und Heiligkeit der geistigen Freiheit, als jemals zuvor. Denn es ergeht uns sonderbar gerade mit den heiligsten Werten des Lebens. Wir vergessen sie, solange sie uns gehören, wir beachten sie in den sorglosen Stunden unseres Lebens so wenig, als wir der Sterne gewahr werden am lichten Tag. Immer muss es erst dunkel werden, damit wir erkennen, wie glorreich die ewigen Gestirne über unseren Häuptern stehen. So mußte auch erst die diese dunkle Stunde über uns kommen, vielleicht die dunkelste Stunde der Geschichte, damit wir erkannten, daß die Freiheit von unserer Seele so unlösbar ist wie der Atem von unserem Leibe.“

Vielleicht ist dies die Quintessenz seiner Vision von Europa. Auch wenn es die dunkelsten Tage miterlebt hat, die Auslöschung seiner schönsten Errungenschaften, so gibt es doch Grund zur Hoffnung. Die Vergangenheit soll uns Orientierung geben und der Kampf für die individuelle Freiheit wird uns stetig zusammenbringen - nicht unbedingt durch eine europäische Institution, sondern allein durch den Willen, es heute besser zu machen. ■

Mach mit!

Wenn du auch Lust hast, zu schreiben oder dich mit Themen wie Redaktionsarbeit, Suchmaschinenoptimierung, Marketing oder Blogorganisation auseinanderzusetzen, dann bist du bei uns richtig. Wir suchen nach jungen Leuten, die Lust haben, Peace Love Liberty mit uns weiter voranzubringen.

KEIN SCHREIBPROFI? KEIN PROBLEM!

Wenn du Lust hast, journalistisches Schreiben zu lernen, helfen wir dir gern. Unsere Redaktion arbeitet mit dir intensiv an deinen Texten und gibt dir Feedback zu den einzelnen Schritten.

INTERESSIERT? NOCH FRAGEN? MELDE DICH EINFACH UNTER:

nskrobisz@studentsforliberty.org

ARTIKEL, INFORMATIONEN UND VIELES MEHR ZUM MAGAZIN AUF:

facebook.com/pllmag

www.peace-love-liberty.de

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion oder Students For Liberty wider.

IMPRESSUM

Peace Love Liberty ist ein Magazin der deutschsprachigen Students For Liberty. Es wird an die Students For Liberty Gruppen in Deutschland, Österreich und der Schweiz weitergeleitet und über diese kostenlos an den Hochschulen verteilt. Das Magazin widmet sich Themen rund um Freiheit, Liberalismus und Selbstbestimmung.

Herausgeber:

Students For Liberty

1101 17th Street NW, Suite 810

Washington, DC 20036

Chefredaktion:

Nikodem Skrobisz (V.i.S.d.P.)

nskrobisz@studentsforliberty.org

Redaktion:

Rick Wendler

Kai Weiß

Max Arend

Oleksandr Zilber

Adam Mazik

Lukas Franzen

Martin Holzmann

Grafik und Design:

Bader Zaidan

bzaidan@studentsforliberty.org

Stefan Wüst

swuest@studentsforliberty.org

Auflage:

2000

Druck:

Druckerei WIRMachenDRUCK GmbH

Mühlbachstr. 7

71522 Backnang

Deutschland



Immer muss es erst dunkel werden, damit wir erkennen,
wie glorreich die ewigen Gestirne über unseren
Häuptern stehen. So mußte auch erst die diese dunkle
Stunde über uns kommen, vielleicht die dunkelste
Stunde der Geschichte, damit wir erkannten, daß die
Freiheit von unserer Seele so unlösbar ist wie der Atem
von unserem Leibe.

— Stefan Zweig